

Bundesgesetzblatt ⁸⁹

Teil II

Z 1998 A

1994

Ausgegeben zu Bonn am 20. Januar 1994

Nr. 4

Tag	Inhalt	Seite
13. 1. 94	Gesetz zu dem Rechtsakt vom 25. März 1993 zur Änderung des Protokolls über die Satzung der Europäischen Investitionsbank GESTA: XD17	90
13. 1. 94	Gesetz zu dem Vertrag vom 29. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen GESTA: XD10	93
13. 1. 94	Gesetz zu dem Abkommen vom 28. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen über die Seeschifffahrt GESTA: XJ15	100
29. 12. 93	Verordnung über die Inkraftsetzung der ECE-Regelung Nr. 91 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Seitenmarkierungsleuchten für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger (Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 91)	107
30. 12. 93	Verordnung über die Inkraftsetzung der ECE-Regelung Nr. 65 und der Änderung 1 zur ECE-Regelung Nr. 65 über einheitliche Bedingungen für Blinklicht für Kraftfahrzeuge (Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 65)	108
5. 1. 94	Verordnung über die Inkraftsetzung der ECE-Regelung Nr. 90 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Ersatz-Bremsbelag-Einheiten für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger (Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 90)	109
29. 11. 93	Bekanntmachung des deutsch-nepalesischen Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit	110
14. 12. 93	Bekanntmachung des deutsch-russischen Abkommens über den internationalen Straßenverkehr	115
27. 12. 93	Bekanntmachung des deutsch-mongolischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	119

Die ECE-Regelungen Nr. 91, Nr. 65 einschließlich der Änderung 1 und Nr. 90 werden als Anlagebände zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II werden die Anlagebände auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

Gesetz
zu dem Rechtsakt vom 25. März 1993
zur Änderung des Protokolls über die Satzung der Europäischen Investitionsbank

Vom 13. Januar 1994

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 25. März 1993 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Rechtsakt zur Änderung des Protokolls über die Satzung der Europäischen Investitionsbank, mit dem der Rat der Gouverneure zur Errichtung eines Europäischen Investitionsfonds ermächtigt wird (BGBl. 1957 II S. 753, 964), zuletzt geändert durch die Akte vom 12. Juni 1985 (BGBl. 1985 II S. 1249, 1614), wird zugestimmt. Der Rechtsakt wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Rechtsakt nach seinem Artikel B Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 13. Januar 1994

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Rechtsakt
zur Änderung des Protokolls über die Satzung der Europäischen Investitionsbank,
mit dem der Rat der Gouverneure zur Errichtung eines Europäischen Investitionsfonds
ermächtigt wird

Seine Majestät der König der Belgier,
Ihre Majestät die Königin von Dänemark,
der Präsident der Bundesrepublik Deutschland,
der Präsident der Griechischen Republik,
Seine Majestät der König von Spanien,
der Präsident der Französischen Republik,
der Präsident Irlands,
der Präsident der Italienischen Republik,
Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Luxemburg,
Ihre Majestät die Königin der Niederlande,
der Präsident der Portugiesischen Republik,
Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs Groß-
britannien und Nordirland,

in dem festen Willen, die Finanzinstrumente zur Verfügung zu stellen, die zur Stärkung des Binnenmarktes und des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts notwendig sind,

in der Erwägung, daß der Europäische Rat in Edinburgh den Wunsch geäußert hat, daß die Errichtung eines Europäischen Investitionsfonds zur Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs in Europa dringend geprüft wird,

in Bekräftigung der Vorteile einer engen Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft, der Europäischen Investitionsbank und anderen an den Zielen des Fonds interessierten Finanzinstituten in den Mitgliedstaaten,

haben beschlossen, die Satzung der Bank zu ergänzen, um den Rat der Gouverneure zur Errichtung eines Europäischen Investitionsfonds zu ermächtigen; sie haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König der Belgier,
Philippe de Schoutheete de Tervarent,
Botschafter,
Ständiger Vertreter,
Ihre Majestät die Königin von Dänemark,
Gunnar Riberholdt,
Botschafter,
Ständiger Vertreter,
der Präsident der Bundesrepublik Deutschland,
Jochen Grünhage,
Stellvertretender Ständiger Vertreter,
der Präsident der Griechischen Republik,
Leonidas Evangelidis,
Botschafter,
Ständiger Vertreter,
Seine Majestät der König von Spanien,
Camilo Barcia Garcia-Villamil,
Botschafter,
Ständiger Vertreter,

der Präsident der Französischen Republik,
François Scheer,
Botschafter,
Ständiger Vertreter,
der Präsident Irlands,
Pádraic Mac Keman,
Botschafter,
Ständiger Vertreter,
der Präsident der Italienischen Republik,
Federico di Roberto,
Botschafter,
Ständiger Vertreter,
Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Luxemburg,
Jean-Jacques Kasel,
Botschafter,
Ständiger Vertreter,

Ihre Majestät die Königin der Niederlande,
B. R. Bot,
Botschafter,
Ständiger Vertreter,

der Präsident der Portugiesischen Republik,
José César Paulouro das Neves,
Botschafter,
Ständiger Vertreter,

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs Groß-
britannien und Nordirland,
Sir John Kerr,
Botschafter,
Ständiger Vertreter,

diese sind nach Austausch ihrer als gut und gehörig befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:

Artikel A

Das Protokoll über die Satzung der Europäischen Investitionsbank im Anhang zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft wird durch folgenden Artikel ergänzt:

„Artikel 30

(1) Der Rat der Gouverneure kann einstimmig beschließen, einen Europäischen Investitionsfonds mit eigener Rechtspersönlichkeit und finanzieller Autonomie zu errichten, zu dessen Gründungsmitgliedern die Bank gehört.

(2) Der Rat der Gouverneure beschließt die Satzung des Europäischen Investitionsfonds einstimmig. In dieser Satzung werden insbesondere Ziele, Aufbau, Kapital, Mitgliedschaft, finanzielle Mittel, Interventionsmöglichkeiten, Prüfungsverfahren sowie die Beziehungen zwischen den Organen der Bank und denen des Fonds festgelegt.

(3) Unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 20 Absatz 2 ist die Bank berechtigt, sich an der Verwaltung des Fonds zu beteiligen und zum gezeichneten Kapital des Fonds bis zur Höhe des vom Rat der Gouverneure auf einstimmigen Beschluß festgelegten Betrags beizutragen.

(4) Die Europäische Gemeinschaft kann Mitglied des Fonds werden und sich an seinem gezeichneten Kapital beteiligen. An den Zielen des Fonds interessierte Finanzinstitute können zur Mitgliedschaft eingeladen werden.

(5) Das Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften gilt für den Fonds, die Mitglieder der Fondsorgane in Ausübung ihrer einschlägigen Aufgaben sowie für das Fondspersonal.

Der Fonds ist außerdem von allen Steuern und sonstigen Abgaben anlässlich der Erhöhungen seines Kapitals sowie von den verschiedenen Förmlichkeiten befreit, die hiermit in dem Staat, in dem er seinen Sitz hat, verbunden sind. Desgleichen werden bei seiner etwaigen Auflösung oder Liquidation keine Abgaben erhoben. Ferner unterliegt die Tätigkeit des Fonds und seiner Organe, soweit sie nach Maßgabe der Satzung ausgeübt wird, nicht der Umsatzsteuer.

Dividenden, Kapitalerträge oder andere Einkommen aus dem Fonds, auf die die Mitglieder außer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Bank Anspruch haben, unterliegen indessen den einschlägigen Steuerbestimmungen.

(6) Der Gerichtshof ist innerhalb der nachstehend festgelegten Grenzen für Streitfälle zuständig, die Maßnahmen von Fonds-

organen betreffen. Klagen gegen derartige Maßnahmen können von jedem Mitglied des Fonds in dieser Eigenschaft oder von den Mitgliedstaaten nach Artikel 173 dieses Vertrags erhoben werden.“

Artikel B

(1) Dieser Rechtsakt bedarf der Ratifikation durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

(2) Dieser Rechtsakt tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgt.

Artikel C

Dieser Rechtsakt ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; er wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaates eine beglaubigte Abschrift.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diesen Rechtsakt gesetzt.

Geschehen zu Brüssel am 25. März 1993.

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 29. Juli 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen**

Vom 13. Januar 1994

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Warschau am 29. Juli 1992 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 17 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 13. Januar 1994

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltungen**

**Umowa
między Republiką Federalną Niemiec
a Rzeczpospolitą Polską
o współpracy i wzajemnej pomocy administracji celnych**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen –

Republika Federalna Niemiec
i
Rzeczpospolita Polska

auf der Grundlage des Vertrags vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

im Geiste des Abkommens vom 15. Dezember 1950 über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens,

in Anerkennung der Bedeutung der gegenseitigen Unterstützung der Zollverwaltungen,

in dem Bestreben, durch eine Zusammenarbeit der Zollverwaltungen den Warenverkehr über die Grenze zu erleichtern und zu beschleunigen,

in der Überzeugung, daß die Beachtung der Zollvorschriften eine sehr wichtige Grundregel des internationalen Handels ist und daß die Zusammenarbeit der Zollverwaltungen dazu beitragen wird, die Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften wirksamer zu bekämpfen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) „Zollvorschriften“ sind Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren, die mit Zöllen, Steuern sowie anderen Abgaben belastet sind oder Gegenstand von Verboten, Beschränkungen sowie anderen Regelungen sind, die den Warenverkehr über die Grenze betreffen.

(2) „Zollverwaltungen“ sind in der Bundesrepublik Deutschland die Bundeszollverwaltung und in der Republik Polen der Präsident des Hauptamtes für Zölle und die ihm unterstellten Dienststellen.

(3) „Zollzuwiderhandlungen“ sind sowohl vollendete als auch versuchte Verstöße gegen die Zollvorschriften.

Artikel 2

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien leisten sich gegenseitig im Rahmen ihrer Zuständigkeiten nach Maßgabe ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Unterstützung nach diesem Vertrag

a) um den Warenverkehr über die Grenze zu erleichtern und zu beschleunigen,

na podstawie Traktatu z 17 czerwca 1991 roku między Republiką Federalną Niemiec i Rzeczpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy,

zgodnie z duchem Konwencji z dnia 15 grudnia 1950 roku o utworzeniu Rady Współpracy Celnej,

uznając znaczenie wzajemnej pomocy pomiędzy administracjami celnymi,

zmierzając do ułatwienia i przyspieszenia obrotu towarowego przez granicę w wyniku współdziałania administracji celnych,

w przeświadczeniu, że przestrzeganie przepisów celnych jest jedną z ważniejszych zasad handlu międzynarodowego i że współpraca administracji celnych przyczyni się do skuteczniejszego zwalczania działań sprzecznych z tymi przepisami,

uzgodniły co następuje:

Artykuł 1

1. „Przepisy celne” – oznaczają przepisy prawne Umawiających się Stron, które mają zastosowanie w przywozie, wywozie i przewozie towarów objętych cłami, podatkami oraz innymi opłatami lub będących przedmiotem zakazów, ograniczeń oraz innych uregulowań dotyczących przemieszczania przez granicę towarów.

2. „Administracje celne” – oznaczają w Republice Federalnej Niemiec – Federalny Zarząd Cel, a w Rzeczypospolitej Polskiej Prezesa Głównego Urzędu Cel i podległe mu służby.

3. „Działania sprzeczne z przepisami celnymi” – oznaczają zarówno dokonane, jak i usiłowane czyny naruszające przepisy celne.

Artykuł 2

1. Administracje celne Umawiających się Stron udzielają sobie wzajemnej pomocy zgodnie z postanowieniami niniejszej Umowy, w ramach swoich kompetencji, stosownie do wewnątrzpaństwowych przepisów prawnych:

a) w celu ułatwienia i przyspieszenia obrotu towarowego przez granicę,

- b) um Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften zu verhindern, zu ermitteln und zu verfolgen,
- c) um eine zutreffende Erhebung der Zölle, Steuern und anderen Abgaben sicherzustellen.

(2) Dieser Vertrag berührt nicht Regelungen zur Zusammenarbeit der Vertragsparteien, die in anderen Übereinkünften enthalten sind.

Artikel 3

Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien arbeiten gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags zusammen und treffen im Rahmen ihrer Rechtsvorschriften im gegenseitigen Einvernehmen die erforderlichen Maßnahmen, um Zollformalitäten zu vereinfachen und dadurch den Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zu erleichtern und zu beschleunigen.

Die Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaften bleiben unberührt.

Artikel 4

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen einander auf Ersuchen alle Informationen über festgestellte Handlungen (vollendet oder geplant), die gegen die Zollvorschriften verstoßen oder verstoßen können. Sie übermitteln dazu beweiskräftige Dokumente in Urschrift oder beglaubigter Ablichtung.

(2) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien

- a) tauschen Erfahrungen hinsichtlich ihrer Tätigkeiten sowie Erkenntnisse über neue Mittel und Methoden der Begehung von Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften aus,
- b) unterrichten sich gegenseitig über wesentliche Änderungen ihrer Zollvorschriften sowie die Anwendung von technischen Hilfsmitteln und Methoden durch ihre Zollverwaltungen und erörtern Fragen von beiderseitigem Interesse.

Artikel 5

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen einander auf Ersuchen jede Bescheinigung, durch die bestätigt wird, daß Waren, die aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ausgeführt werden, ordnungsgemäß in das Hoheitsgebiet der letztgenannten Vertragspartei eingeführt worden sind; in der Bescheinigung werden nach Möglichkeit Art und Daten der Zollabfertigung angegeben, auf deren Grundlage die Waren eingeführt worden sind.

(2) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien führen auf Ersuchen in Verfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften auch Überprüfungen, Feststellungen oder Ermittlungen durch und informieren über das Ergebnis die ersuchende Zollverwaltung. Sie informieren sich auch darüber, ob die den Zollbehörden vorgelegten Urkunden und Schriftstücke echt und inhaltlich zutreffend sind.

Artikel 6

(1) Die Zollverwaltung einer Vertragspartei wird auf Ersuchen der Zollverwaltung der anderen Vertragspartei unter Beachtung des jeweils geltenden Rechts dem Adressat alle die Anwendung der Zollvorschriften betreffenden Bescheide und Entscheidungen der Zollbehörden bekanntgeben oder zustellen.

(2) In einem Bekanntgabeersuchen oder Zustellungsersuchen ist abweichend von Artikel 7 eine Sachverhaltsdarstellung enthalten.

(3) Die Bekanntgabe oder Zustellung eines Schriftstücks ist durch eine mit der Angabe des Datums versehene Empfangsbestätigung des Adressaten nachzuweisen. Bei einer anderen als der direkten Bekanntgabe oder Zustellung ist eine Information

- b) w celu zapobiegania, prowadzenia dochodzenia i ścigania działań sprzecznych z przepisami celnymi,
- c) w celu zapewnienia pobierania we właściwej wysokości cel, podatków i innych opłat.

2. Umowa niniejsza nie narusza przepisów dotyczących współpracy Umawiających się Stron, zawartych w innych umowach.

Artykuł 3

Administracje celne Umawiających się Stron, współpracując zgodnie z postanowieniami niniejszej Umowy, za obopólnym porozumieniem, i w ramach swoich przepisów prawnych podejmują właściwe środki w celu uproszczenia formalności celnych, aby ułatwić i przyspieszyć obrót towarowy pomiędzy Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską.

Nie narusza to kompetencji Wspólnot Europejskich.

Artykuł 4

1. Administracje celne Umawiających się Stron – na wniosek – udzielają sobie wzajemnie wszelkich informacji o stwierdzonych (dokonanych lub planowanych) działaniach wykraczających lub mogących wykraczać przeciwko przepisom celnym oraz przekazują dokumenty mające wartość dowodową w oryginale lub ich uwierzytelnionej kopii.

2. Administracje celne Umawiających się Stron:

- a) wymieniają doświadczenia ze swej działalności, a także spostrzeżenia o nowych środkach i metodach popełniania działań sprzecznych z przepisami celnymi,
- b) informują się wzajemnie o istotnych zmianach w swoich przepisach celnych, a także na temat stosowania przez administracje celne pomocniczych środków technicznych i metod oraz omawiają problemy stanowiące przedmiot wspólnego zainteresowania.

Artykuł 5

1. Administracje celne Umawiających się Stron na wniosek drugiej Strony przekazują sobie wzajemnie wszelkie zaświadczenia potwierdzające, że towary, które są wywożone z terytorium jednej Strony na terytorium drugiej Strony zostały wwieszone na terytorium tej ostatniej Strony w sposób zgodny z prawem; w zaświadczeniu podane będą – o ile to możliwe – rodzaj i dane dotyczące odprawy celnej, na podstawie której towary zostały wwieszone.

2. Administracje celne Umawiających się Stron – na wniosek – przeprowadzają w sprawach o naruszenia przepisów celnych kontrole, ustalenia lub dochodzenia i o ich wynikach informują administrację celną, która wystąpiła z takim wnioskiem. Informują się również o tym, czy przedkładane organom celnym dokumenty i pisma są prawdziwe i właściwe pod względem treści.

Artykuł 6

1. Administracja celna jednej Umawiającej się Strony, na wniosek administracji celnej drugiej Umawiającej się Strony, przestrzegając każdorazowo obowiązującego prawa, przekazywać będzie do wiadomości lub doręczać adresatowi wszystkie rozstrzygnięcia i decyzje organów celnych dotyczące stosowania przepisów celnych.

2. We wniosku o przekazanie do wiadomości lub o doręczenie – odmiennie od postanowień artykułu 7 – nie jest wymagane przedstawienie meritum sprawy.

3. Przekazanie do wiadomości lub doręczenie dokumentu powinno być poświadczane potwierdzeniem odbioru przez adresata z podaniem daty, a w przypadku przekazania lub doręczenia w inny sposób niż bezpośrednio – należy poinformować admini-

über die Form und den Zeitpunkt der Bekanntgabe oder Zustellung von der ersuchten Zollverwaltung abzugeben. Falls eine Bekanntgabe oder Zustellung nicht möglich ist, wird das Schriftstück unter Angabe der Hinderungsgründe an die ersuchende Zollverwaltung zurückgesandt.

Artikel 7

(1) Das Ersuchen ist schriftlich in der Amtssprache der ersuchenden Vertragspartei zu stellen, wobei eine Übersetzung in die Amtssprache der ersuchten Vertragspartei möglichst beizufügen ist. Die zur Durchführung des Ersuchens erforderlichen Schriftstücke einschließlich etwaiger ihm zugrunde liegender Verfügungen oder Entscheidungen der zuständigen Zollbehörde sind in Urschrift oder beglaubigter Ablichtung beizufügen.

(2) Das Ersuchen oder die ihm nach Absatz 1 beizufügenden Schriftstücke sollen folgende Angaben enthalten:

- die Zollbehörde, bei der das dem Ersuchen zugrunde liegende Verfahren anhängig ist,
- die Art und den Sachverhalt des Verfahrens unter Angabe der Zuwiderhandlungen gegen die Zollvorschriften,
- die rechtlichen und tatsächlichen Gründe des Ersuchens,
- die zur Erteilung einer Antwort notwendigen Personaldaten und Anschriften der am Verfahren Beteiligten.

Artikel 8

Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen einander unaufgefordert und schnellstmöglich alle Informationen über festgestellte Handlungen (vollendet oder geplant), die gegen die Zollvorschriften der anderen Vertragspartei verstoßen oder verstoßen können, auf den Gebieten

- des Verkehrs mit Waffen, Munition und Sprengstoffen sowie Kulturgütern,
- der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Giftstoffen und umweltbelastenden Stoffen und
- des Verkehrs mit hoch zu verzollenden oder hochsteuerbaren Waren, insbesondere Alkohol- und Tabakerzeugnissen.

Artikel 9

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen einander zur Intensivierung der Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung des Schmuggels und illegalen Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen auch ohne Ersuchen so schnell wie möglich Auskünfte über

- Personen, von denen bekannt ist oder die im Verdacht stehen, daß sie sich mit dem Schmuggel dieser Stoffe befassen,
- Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge, von denen bekannt ist oder die im Verdacht stehen, daß sie zum Schmuggel dieser Stoffe verwendet werden.

(2) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erteilen sich auch unaufgefordert Auskünfte über die beim illegalen Handel mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen angewandten Schmuggelmethoden und -verfahren sowie über Erfolge neuer Kontrollmethoden.

(3) Die nach den Absätzen 1 und 2 erhaltenen Auskünfte, Mitteilungen und Schriftstücke dürfen an andere mit der Bekämpfung der Rauschgiftsucht und des illegalen Handels mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen befaßte Verwaltungen und Strafverfolgungsbehörden der Vertragsparteien weitergegeben werden.

(4) Suchtstoffe im Sinne dieses Vertrags sind die Stoffe, die unter das Einheits-Übereinkommen von 1961 vom 30. März 1961 über Suchtstoffe in seiner jeweils geltenden Fassung fallen. Psychotrope Stoffe im Sinne dieses Vertrags sind Stoffe, die unter das Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe in seiner jeweils geltenden Fassung fallen.

stracę celną, która skierowała wniosek – o sposobie i dacie przekazania lub doręczenia. Jeżeli doręczenie lub przekazanie nie jest możliwe, dokument podlega zwrotowi administracji celnej składającej wniosek z podaniem powodów niedoręczenia.

Artykuł 7

1. Wniosek o udzielenie pomocy należy przedstawić na piśmie w języku urzędowym Strony zwracającej się; w miarę możliwości należy załączyć tłumaczenie na język urzędowy Strony, do której wniosek jest skierowany. Dokumenty konieczne do załatwienia wniosku, łącznie z ewentualnymi, leżącymi u jego podstaw zarządzeniami lub decyzjami właściwego organu celnego, należy załączyć w oryginale lub uwierzytelnionej kopii.

2. Wniosek lub załączone do niego, zgodnie z ustępem 1, dokumenty powinny zawierać następujące informacje:

- określenie organu celnego, który prowadzi postępowanie będące podstawą wniosku,
- rodzaj i stan faktyczny postępowania z podaniem działań sprzecznych z przepisami celnymi,
- prawne i faktyczne przyczyny złożenia wniosku,
- niezbędne do udzielenia odpowiedzi dane personalne i adresy osób objętych postępowaniem.

Artykuł 8

Administracje celne Umawiających się Stron z własnej inicjatywy, tak szybko jak to możliwe, udzielają sobie wszelkich informacji na temat stwierdzonych (dokonanych lub planowanych) działań naruszających lub mogących naruszyć przepisy celne drugiej Umawiającej się Strony w następujących dziedzinach:

- obrotu bronią, amunicją i materiałami wybuchowymi oraz dobrami kultury,
- przywozu i przewozu przez granicę substancji trujących i zanieczyszczających środowisko naturalne,
- obrotu towarami podlegającymi wysokim opłatom celnym lub podatkowym, w tym zwłaszcza alkoholem i wyrobami tytoniowymi.

Artykuł 9

1. W celu zintensyfikowania zapobiegania, wykrywania i ścigania przemytu i nielegalnego obrotu środkami odurzającymi i psychotropowymi, administracje celne Umawiających się Stron udzielają sobie, również z własnej inicjatywy, tak szybko jak to możliwe, informacji dotyczącej:

- osób, co do których wiadomo lub zachodzi podejrzenie, że zajmują się przemytem tych środków,
- lądowych, wodnych i powietrznych środków transportu, co do których wiadomo lub zachodzi podejrzenie, że są używane do przemytu tych środków.

2. Administracje celne Umawiających się Stron udzielają sobie, również z własnej inicjatywy, informacji o metodach i sposobach stosowanych w nielegalnym obrocie środkami odurzającymi i psychotropowymi oraz o osiągnięciach w zakresie nowych metod kontroli.

3. Informacje i dokumenty uzyskane na podstawie ustępów 1 i 2 mogą być przekazywane innym organom administracji państwowej i organom ścigania Umawiających się Stron, zajmującym się zwalczaniem narkomanii oraz nielegalnego obrotu środkami odurzającymi i psychotropowymi.

4. Środkami odurzającymi, w rozumieniu niniejszej Umowy, są środki wymienione w Jednolitej Konwencji o środkach odurzających z dnia 30 marca 1961 roku, w jej obowiązującej wersji. Środkami psychotropowymi, w rozumieniu niniejszej Umowy, są środki wymienione w Konwencji o środkach psychotropowych z dnia 21 lutego 1971 roku, w jej obowiązującej wersji.

Artikel 10

Die Übermittlung von personenbezogenen Daten aufgrund dieses Vertrags erfolgt nach Maßgabe des nationalen Rechts. Diese Übermittlung unterliegt den in der Anlage aufgeführten Regelungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften.

Artikel 11

(1) Ist die ersuchte Zollverwaltung der Ansicht, daß die Erledigung eines Ersuchens geeignet ist, die Souveränität, die Sicherheit, die öffentliche Ordnung oder andere wesentliche staatliche Interessen zu beeinträchtigen, so kann sie die Unterstützung ganz oder teilweise verweigern oder von der Einhaltung bestimmter Bedingungen oder Auflagen abhängig machen.

(2) Soweit einem Ersuchen nicht entsprochen werden kann, wird die ersuchende Zollverwaltung so schnell wie möglich unter Angabe der Hinderungsgründe davon unterrichtet. Falls der ersuchten Zollverwaltung anderweitige Erkenntnisse vorliegen, die für das weitere Verfahren der ersuchenden Zollverwaltung von Bedeutung sein könnten, wird sie diese Erkenntnisse der ersuchenden Zollverwaltung mitteilen.

(3) Wird ein Ersuchen um Unterstützung gestellt, welche die ersuchende Zollverwaltung im umgekehrten Fall zu leisten nicht imstande wäre, so hat sie in dem Ersuchen darauf hinzuweisen. Die ersuchte Zollverwaltung kann einem derartigen Ersuchen nach eigenem Ermessen entsprechen.

Artikel 12

Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien dürfen die nach diesem Vertrag erhaltenen Auskünfte und Schriftstücke ausschließlich in internen Verfahren der Zollbehörden sowie in Gerichtsverfahren, einschließlich der Verfahren, die von der Staatsanwaltschaft oder unter ihrer Aufsicht geführt werden, als Beweismittel benutzen. Der Beweiswert dieser Auskünfte und Schriftstücke sowie ihre Verwendung vor Gericht richten sich nach dem Recht der Vertragspartei, die eine Verwendung betreibt.

Artikel 13

Bei der Durchführung der Unterstützungsmaßnahmen und der Erledigung der Ersuchen sind die Rechtsvorschriften der ersuchten Vertragspartei anzuwenden. Dabei gilt die Übermittlung von Kopien von Schriftstücken und sonstigen Unterlagen als eine Art der Auskunftserteilung. Bei Überprüfungen, Feststellungen und Ermittlungen verfährt die ersuchte Zollverwaltung, ohne Zwangsmaßnahmen wie Beschlagnahmen und Durchsuchungen, so, als ob sie in Erfüllung eigener Aufgaben handeln würde.

Artikel 14

(1) Die in diesem Vertrag vorgesehene Unterstützung findet unmittelbar zwischen den Zollverwaltungen der Vertragsparteien statt.

(2) Ist die ersuchte Zollverwaltung für die erbetene Unterstützung nicht zuständig, so unterrichtet sie hiervon die ersuchende Zollverwaltung und leitet das Ersuchen mit deren Zustimmung gegebenenfalls an andere, zuständige Behörden weiter.

Artikel 15

Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien erstatten sich gegenseitig nur die Auslagen für Zeugen, Sachverständige sowie für freiberufliche Dolmetscher und Übersetzer.

Artikel 16

(1) Die Zollverwaltungen der Vertragsparteien können im Rahmen dieses Vertrags die zu seiner Durchführung erforderlichen Maßnahmen unmittelbar miteinander abstimmen.

Artykuł 10

Przekazywanie danych identyfikacyjno-osobowych stosownie do niniejszej Umowy odbywa się zgodnie z przepisami wewnętrznymi; przekazywanie to podlega uregulowaniom zawartym w załączniku z uwzględnieniem przepisów prawnych obowiązujących każdą z Umawiających się Stron.

Artykuł 11

1. Jeżeli administracja celna Umawiającej się Strony, do której skierowano wniosek uzna, że jego załatwienie naruszyłoby suwerenność, bezpieczeństwo, porządek publiczny lub inne żywotne interesy państwowe, może ona częściowo lub całkowicie odmówić pomocy lub uzależnić jej udzielenie od spełnienia określonych warunków.

2. Jeżeli wniosek nie może być uwzględniony, występująca z nim administracja celna, tak szybko jak to jest możliwe, zostanie o tym powiadomiona z podaniem przyczyn nieuwzględnienia. O ile administracji celnej, do której skierowano wniosek znane są inne okoliczności, które mogłyby mieć znaczenie w dalszym postępowaniu prowadzonym przez administrację celną wnioskującą, należy ją o tych okolicznościach powiadomić.

3. Jeżeli wystosowano wniosek o udzielenie pomocy, którego występująca z nim administracja celna sama nie mogłaby zrealizować, jest ona zobowiązana wskazać na ten fakt w tym wniosku. Administracja celna, do której wystąpiono z wnioskiem może go wówczas uwzględnić według własnego uznania.

Artykuł 12

Administracje celne Umawiających się Stron mogą wykorzystywać jako środki dowodowe otrzymane w myśl niniejszej Umowy informacje oraz dokumenty wyłącznie w postępowaniach wewnętrznych przed organami celnymi oraz w postępowaniu sądowym, włączając w to postępowanie prowadzone przez lub pod nadzorem organów prokuratury. Wartość dowodowa tych informacji i dokumentów oraz ich wykorzystanie w postępowaniu sądowym zależy od prawa tej Umawiającej się Strony, która przewiduje tego rodzaju wykorzystanie.

Artykuł 13

Podczas realizacji przedsięwzięć związanych z udzielaniem pomocy i załatwianiem wniosku zastosowanie mają przepisy prawne tej Umawiającej się Strony, do której wniosek został skierowany, przy czym przekazywanie kopii pism oraz innych dokumentów jest traktowane jako sposób udzielania informacji. Podczas dokonywania kontroli, ustalania stanu faktycznego i dochodzenia, administracja celna Umawiającej się Strony załatwiająca wniosek postępuje tak, jakby wykonywała zadania własne, z wyłączeniem stosowania środków przymusu takich jak zajęcie mienia i przeszukanie.

Artykuł 14

1. Udzielanie pomocy przewidziane niniejszą Umową odbywa się bezpośrednio między administracjami celnymi Umawiających się Stron.

2. Jeżeli administracja celna, do której skierowany został wniosek, nie jest kompetentna w danej sprawie, wówczas powiadamia o tym administrację celną, która wniosek wystosowała, i za jej zgodą przekazuje wniosek innym, kompetentnym organom.

Artykuł 15

Administracje celne Umawiających się Stron zwracają sobie tylko poniesione wydatki na świadków, ekspertów oraz tłumaczy pracujących w wolnym zawodzie.

Artykuł 16

1. Administracje celne Umawiających się Stron mogą w ramach niniejszej Umowy uzgadniać bezpośrednio ze sobą przedsięwzięcia potrzebne do jej realizacji.

(2) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen durch die Zollverwaltungen der Vertragsparteien gelöst werden. Dies schließt den diplomatischen Weg nicht aus.

Artikel 17

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann jederzeit auf diplomatischem Weg durch Note gekündigt werden. In diesem Fall tritt er sechs Monate nach seiner Kündigung außer Kraft.

Geschehen zu Warschau am 29. Juli 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

2. Różnice zdań w wykładni lub stosowaniu niniejszej Umowy powinny być usuwane przez administracje celne Umawiających się Stron. Nie wyłącza to drogi dyplomatycznej.

Artykuł 17

1. Umowa niniejsza podlega ratyfikacji. Wymiana dokumentów ratyfikacyjnych nastąpi w Bonn.

2. Umowa niniejsza wejdzie w życie po upływie miesiąca od dnia, w którym Umawiające się Strony dokonały wymiany dokumentów ratyfikacyjnych.

3. Umowa niniejsza zawarta jest na czas nieokreślony. Może być ona w każdym czasie wypowiedziana w drodze dyplomatycznej przez notyfikację. W takim przypadku traci moc po upływie 6 miesięcy od dnia wypowiedzenia.

Sporządzono w Warszawie dnia 29 lipca 1992 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republiki Federalnej Niemiec
Kinkel

Für die Republik Polen
W imieniu Rzeczypospolitej Polskiej
Krzysztof Skubiszewski

Anlage

**Regelungen,
die für die Zollverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
bei der Übermittlung von personenbezogenen Daten gelten**

Załącznik

**Unormowania
obowiązujące administracje celne Republiki Federalnej Niemiec
i Rzeczypospolitej Polskiej
przy przekazywaniu danych identyfikacyjno-osobowych**

1. Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Zollverwaltung vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Zollverwaltung auf deren Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an die zuständigen Zollbehörden sowie an Strafverfolgungsbehörden übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Verwaltungen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Zollverwaltung erfolgen.
4. Die übermittelnde Zollverwaltung ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf ihre Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen nationalen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung der Daten vorzunehmen.
5. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Diese Information wird jedoch nicht erteilt, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
6. Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach diesem Vertrag durch eine rechtswidrige Handlung geschädigt, haftet ihm hierfür der Empfänger nach Maßgabe seines innerstaatlichen Rechts. Er kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu seiner Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Zollverwaltung verursacht worden ist.
7. Die übermittelnde Zollverwaltung weist bei der Übermittlung auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht geltenden Löschungsfristen hin.
8. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
9. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, gegen Änderungen ohne Zustimmung der übermittelnden Zollverwaltung und gegen unbefugte Weitergabe zu schützen.
1. Odbiorca może wykorzystać dane tylko do wskazanego celu i na warunkach określonych przez administrację celną przekazującą dane.
2. odbiorca informuje administrację celną przekazującą dane na jej wniosek o wykorzystaniu przekazanych danych i osiągniętych dzięki temu wynikach.
3. Dane identyfikacyjno-osobowe mogą być przekazywane wyłącznie właściwym organom celnym, jak również organom ścigania. Dalsze przekazywanie danych innym organom administracji państwowej może nastąpić tylko za zgodą administracji celnej, która dane przekazała.
4. Administracja celna przekazująca dane zobowiązana jest zwracać uwagę: na ich prawidłowość, przekazywać je w niezbędnym zakresie oraz proporcjonalnym stosunku do celu, dla jakiego są one przekazywane. Należy przy tym uwzględnić zakaz przekazywania danych zgodnie z obowiązującym prawem narodowym. Jeśli okaże się, że przekazano nieprawidłowe dane identyfikacyjno-osobowe lub dane, których nie wolno było przekazać, należy o tym niezwłocznie poinformować odbiorcę. Jest on zobowiązany do skorygowania lub zniszczenia danych.
5. Osobie zainteresowanej, na jej wniosek, należy udzielić informacji odnośnie danych jej dotyczących, jak również zamierzonym celu ich użycia. Informacji takiej nie udziela się jednak, jeżeli okaże się, że interes publiczny przemawiający za jej nieudzieleniem przeważa nad interesem osoby zainteresowanej. Poza tym osoba zainteresowana ma prawo uzyskać posiadane dane jej dotyczące zgodnie z prawem tej Umawiającej się Strony, na której terytorium złożono wniosek o udzielenie informacji.
6. Jeżeli ktoś poniósł szkodę na skutek niezgodnego z prawem działania dokonanego w ramach wymiany danych na podstawie niniejszej Umowy, odpowiedzialność ponosi strona, która dane otrzymała, zgodnie ze swoim prawem wewnętrznym. Strona ta nie może w celu odciążenia siebie, powoływać się wobec osoby poszkodowanej na to, że szkoda spowodowana została przez administrację celną przekazującą dane.
7. Administracja celna przekazująca dane wskazuje przy przekazywaniu danych na termin wymazania danych zgodnie z jej prawem.
8. Umawiające się Strony zobowiązane są do odnotowywania w aktach faktu przekazania i otrzymania danych identyfikacyjno-osobowych.
9. Umawiające się Strony są zobowiązane skutecznie chronić przekazane dane identyfikacyjno-osobowe przed dostępem do nich osób nieuprawnionych, zmianami bez upoważnienia administracji celnej przekazującej dane i udostępnianiem osobom niepowołanym.

Gesetz
zu dem Abkommen vom 28. Juli 1992
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Litauen
über die Seeschifffahrt

Vom 13. Januar 1994

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Wilna am 28. Juli 1992 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen über die Seeschifffahrt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 13. Januar 1994

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Litauen
über die Seeschifffahrt**

**Sutartis
tarp Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybės
ir Lietuvos Respublikos Vyriausybės
dėl susisiekimo jūrų transportu**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Litauen –

Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybė
ir
Lietuvos Respublikos Vyriausybė,

in dem Wunsch, die harmonische Entwicklung der Seeschiff-
fahrtsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Litauen, die sich auf das beiderseitige Interesse
dieser Länder und die Freiheit ihres Außenhandels gründen, zu
gewährleisten und die internationale Zusammenarbeit auf diesem
Gebiet soweit wie möglich zu verstärken,

siekdamos užtikrinti susisiekimo jūrų transportu tarp Vokietijos
Federacinės Respublikos ir Lietuvos Respublikos harmoningą
plėtojimą, besiremiantį abipusiu šalių interesu ir jų užsienio preky-
bos laisve, taip pat siekdamas stiprinti bendradarbiavimą šioje
srityje,

in der Erkenntnis, daß der bilaterale Warenaustausch von
einem wirksamen Dienstleistungsaustausch begleitet werden
soll –

suprasdamos, kad abipusius prekių mainus turi lydėti veiksming-
gas keitimasis paslaugomis

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1
Begriffsbestimmungen**

In diesem Abkommen bezeichnen

1. der Ausdruck „zuständige Seeschiffahrtsbehörde“
 - a) in der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister
für Verkehr und die ihm nachgeordneten Behörden,
 - b) in der Republik Litauen das Ministerium für Verkehr und
die ihm nachgeordneten Behörden;
2. der Ausdruck „Schiff einer Vertragspartei“ jedes Schiff, das
nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei ihre Flagge
führt und gemäß ihren Gesetzen in ein Register eingetragen
ist. Dieser Ausdruck umfaßt nicht Kriegsschiffe, Fischereifahr-
zeuge und die Fahrzeuge, die die in Artikel 7 Buchstaben b
bis e genannten Tätigkeiten ausüben. Im Hinblick auf die
Anwendung der Artikel 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13, 14 und 15 gilt als
„Schiff einer Vertragspartei“ auch jedes Schiff unter der Flagge
eines dritten Staates, das von einem Seeschiffahrtsunterneh-
men einer der Vertragsparteien eingesetzt wird;

**1 straipsnis
Sąvokos**

Šioje sutartyje reiškia:

1. Sąvoka „atsakinga jūrų laivininkystės žinyba“:
 - a) Vokietijos Federacinėje Respublikoje Federalinį Susisie-
kimo ministrą ir jam pavaldžias žinybas,
 - b) Lietuvos Respublikoje Susisiekimo ministeriją ir jai paval-
džias žinybas,
2. Sąvoka „Susitariančios šalies laivas“ – kiekvieną laivą, kuris
pagal tos susitariančios šalies teisinius aktus plaukioja su jos
vėliava ir įregistruotas pagal jos įstatymus. Ši sąvoka netai-
koma karo, žvejybos laivams, kurie vykdo 7-tame straipsnyje
puntuose nuo b iki e minimą veiklą. Pagal 2, 5, 8, 9, 10, 12,
13, 14 ir 15 straipsnius „Susitariančios šalies laivu“ taip pat
laikomas kiekvienas laivas, plaukiojantis su trečios šalies
vėliava, nuomojamas vienos iš Susitariančių šalių jūrų laivybos
įmonės;

3. der Ausdruck „Seeschiffsunternehmen einer Vertragspartei“ ein Seeschiffe einsetzendes Beförderungsunternehmen, das seinen Firmensitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und von ihr nach Maßgabe ihrer Rechtsvorschriften als „Seeschiffsunternehmen“ anerkannt ist;
4. der Ausdruck „Besatzungsmitglied“ den Kapitän und jede Person, die während der Reise Aufgaben oder Dienste an Bord wahrzunehmen hat und deren Name in der Musterrolle des Schiffes aufgeführt ist.

Artikel 2 Freiheit des Verkehrs

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren beiden Ländern zu fördern.

Sie werden sich jeglicher Maßnahmen enthalten, die dem ungehinderten internationalen Seeverkehr sowie der uneingeschränkten Beteiligung der Seeschiffsunternehmen der beiden Vertragsparteien an der Beförderung der im Rahmen ihres bilateralen Außenhandels ausgetauschten Waren sowie am Seeverkehr zwischen ihrem jeweiligen Land und Drittländern abträglich sein könnte.

(2) Die Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, zwischen den dem internationalen Handelsverkehr geöffneten Häfen der beiden Vertragsparteien zu fahren und Fahrgäste und Güter zwischen den Vertragsparteien sowie zwischen jeder von ihnen und Drittländern zu befördern.

(3) Seeschiffsunternehmen aus Drittländern sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaats können sich ohne Einschränkung an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Waren beteiligen. Die von Seeschiffsunternehmen der Vertragsparteien befrachteten Schiffe genießen dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Artikel 3 Internationale Verpflichtungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, welche die Vertragsparteien geschlossen haben und im besonderen nicht die Verpflichtungen, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften ergeben.

(2) Beide Vertragsparteien streben an, die einschlägigen internationalen Übereinkünfte über Schiffssicherheit, über die sozialen Bedingungen der Seeleute und über den Meeresumweltschutz zu ratifizieren.

Artikel 4 Nichtdiskriminierung des Seeschiffsunternehmens

Beide Vertragsparteien unterlassen im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen jeder Art, die zu einer Benachteiligung der Seeschiffsinteressen der anderen Vertragspartei führen oder die freie Auswahl der Seeschiffsunternehmen entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs beeinträchtigen könnten.

Artikel 5 Regelungen in den Häfen und Hoheitsgewässern

(1) Jede Vertragspartei gewährt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in ihren Häfen, Hoheitsgewässern und anderen ihrer Zuständigkeit unterliegenden Gewässern den Schiffen der anderen Vertragspartei die gleiche Behandlung wie ihren eigenen im internationalen Verkehr eingesetzten Schiffen, insbesondere beim Zugang zu den Häfen, Aufenthalt in den Häfen und Verlassen der Häfen, bei der Benutzung der Hafenanlagen für den Güter- und Passagierverkehr sowie beim Zugang zu allen Dienstleistungen und anderen bestehenden Einrichtungen.

2 straipsnis Susisiekimo laisvė

(1) Susitariančios šalys susitaria vystyti susisiekimą jūrų transportu tarp abiejų šalių.

Jos susilauks nuo priemonių, galinčių pakenkti netrikdomam tarptautiniam jūrų susisiekimui, taip pat neribotam abiejų Susitariančių šalių jūrų laivininkystės įmonių dalyvavimui dvišalėje užsienio prekyboje pervežant prekes, taip pat jūrų susisiekime tarp tų šalių ir trečiųjų šalių.

(2) Kiekvienos Susitariančios šalies laivai turi teisę plaukioti tarp abiejų Susitariančių šalių tarptautinei prekybai atvirų uostų, pervežti keleivius ir krovinius tarp abiejų Susitariančių šalių, o taip pat tarp kiekvienos iš jų ir trečiųjų šalių.

(3) Trečiųjų šalių jūrų laivininkystės įmonės ir laivai, o taip pat laivai, plaukiojantys su trečiosios šalies vėliava, gali be apribojimų dalyvauti Susitariančių šalių dvišalėje užsienio prekyboje pervežant prekes. Susitariančių šalių jūrų laivininkystės įmonių frachtuojami laivai naudojami tokiomis pačiomis lengvatomis, kaip ir laivai su vienos iš Susitariančių šalių vėliava.

3 straipsnis Tartptautiniai įsipareigojimai

(1) Ši Sutartis neličia įsipareigojimų, kylančių iš kitų tarptautinių susitarimų, pasirašytų Susitariančių šalių ir ypač Vokietijos Federacinės Respublikos įsipareigojimų, susijusių su jos naryste Europos Bendrijoje.

(2) Abi Susitariančios šalys siekia ratifikuoti atitinkamus tarptautinius susitarimus dėl laivybos saugumo, jūreivių socialinių sąlygų ir jūros aplinkos apsaugos.

4 straipsnis Jūrų laivininkystės įmonės nediskriminavimas

Abi Susitariančios šalys tarptautiniame susisiekime jūromis nesiims diskriminuojančių veiksmų, vedančių prie kitos Susitariančios šalies jūrų laivininkystės interesų pažeidimo arba darančių kokią nors įtaką jūrų laivininkystės įmonės laisvam pasirinkimui pagal laisvos konkurencijos principus.

5 straipsnis Teisinis regulavimas uostuose ir teritoriniuose vandenyse

(1) Kiekviena Susitarianči šalis, remdamasi abipusiškumo principu, savo uostuose, teritoriniuose vandenyse ir kituose jos kompetencijai priklausančiuose vandenyse kitos Susitariančios šalies laivams garantuoja tas pačias sąlygas, kaip ir savo šalies tarptautiniame susisiekime plaukiojantiems laivams, ypač įplaukiant, stovint ir išplaukiant iš uosto, naudojantis uosto įrengimais prekių ir keleivių pervežimams, taip pat galimybę naudotis visomis paslaugomis ir kitais įrengimais.

(2) Die in Absatz 1 erwähnte Gegenseitigkeit erstreckt sich auch auf das Recht der Seeschiffsverkehrsunternehmen beider Vertragsparteien auf Zugang zur Ausübung von Agenturtätigkeiten entsprechend den Gesetzen, die auf Seiten der jeweiligen Vertragspartei gelten.

Artikel 6 Freier Transfer

Jede Vertragspartei gewährt den Seeschiffsverkehrsunternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, Einnahmen in konvertierbarer Währung aus Dienstleistungen der Seeschifffahrt im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei für Zahlungen im Zusammenhang mit der Schifffahrt zu verwenden oder sie in konvertierbarer Währung ins Ausland frei zu transferieren.

Artikel 7 Vom Anwendungsbereich dieses Abkommens ausgeschlossene Bereiche

Dieses Abkommen berührt nicht die geltenden Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über

- das Vorrecht der eigenen Flagge für die nationale Küstenschifffahrt, Bergungs-, Bugsier-, Lots- und andere Dienste, die den eigenen Seeschiffsverkehrs- oder sonstigen Unternehmen sowie Staatsangehörigen vorbehalten sind; es handelt sich jedoch nicht um Küstenschifffahrt, wenn ein Schiff einer Vertragspartei zwischen Häfen der anderen Vertragspartei fährt, um aus einem Drittland beförderte Güter und Fahrgäste zu löschen beziehungsweise auszuschiefen oder Güter und Fahrgäste zur Beförderung in ein Drittland an Bord zu nehmen;
- die Lotsenannahmepflicht für Schiffe;
- Fahrzeuge, die Aufgaben des öffentlichen Dienstes wahrnehmen;
- Meeresforschungsaktivitäten;
- das Vorrecht der Seevermessung in den eigenen Hoheitsgewässern.

Artikel 8 Beachtung der Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet

(1) Die Schiffe jeder Vertragspartei sowie ihre Besatzungen, Fahrgäste und Ladungen unterliegen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei deren geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Die Schiffe des Seeschiffsverkehrsunternehmens oder der Seeschiffsverkehrsunternehmen jeder Vertragspartei unterliegen, solange sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, deren Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften über das Ein- und Auslaufen der im internationalen Seeverkehr eingesetzten Schiffe in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung solcher Schiffe.

(3) Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern müssen die im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie Einfuhr, Ausfuhr und Lagerung von Gütern, insbesondere die Vorschriften über Landgangsformalitäten, Einwanderung, Zoll, Steuern und Quarantäne, einhalten.

Artikel 9 Maßnahmen zur Erleichterung des Seeverkehrs

Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Gesetze und Hafenordnungen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern, um unnötige Verlängerungen der Liegezeiten zu vermeiden und die Erledigung der Zoll- und sonstigen in den Häfen zu beachtenden Formalitäten nach Möglichkeit zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie den Gebrauch vorhandener, der Entsorgung dienender Einrichtungen zu erleichtern.

(2) Pirmame paragrafe paminėtas abipusėškumo principas galioja taip pat abiejų Susitariančių šalių jūrų laivininkystės įmonei teisei vykdyti agentūrinę veiklą pagal įstatymus, galiojančius kiekvienos Susitariančios šalies pusėje.

6 straipsnis Laisvas pinigų pervedimas

Kiekviena Susitarianči šalis suteikia teisę kitos Susitariančios šalies jūrų laivininkystės įmonei naudoti pajamas konvertuojama valiuta už pėvežimo paslaugas pirmosios Susitariančios šalies teritoriniuose vandenyse su laivyba susijusiems atsiskaitymams apmokėti arba laisvai pėvesti į užsienį konvertuojama valiuta.

7 straipsnis Sritis, kurioms ši sutartis netaikoma

Ši Sutartis netaikoma Susitariančių šalių galiojantiems teisiams aktams dėl:

- savo šalies vėliavos pirmenybės nacionalinės pakrantės laivininkystėje, dėl pagalbos, buksyro, locmano ir kitų paslaugų, kurios pirmenybės teise teikiamos savo šalies jūrų laivininkystės ar kitoms įmonėms bei valstybės piliečiams; tačiau tai neliečia pakrantės laivybos, jei vienos Susitariančios šalies laivas plaukioja tarp kitos Susitariančios šalies uostų su tikslu iškrauti iš trečiosios šalies atgabentus krovinius ir išlaipinti keleivius arba paimti krovinius ir keleivius pėvežti į trečiąją šalį;
- privalomo locmano laivams;
- visuomeninių tarnybų transporto;
- tiriamųjų darbų jūrose;
- pirmenybės jūros topografiniams matavimams savo teritoriniuose vandenyse.

8 straipsnis Susitariančios šalies teisinių normų laikymasis kitos Susitariančios šalies suverenioje teritorijoje

(1) Kiekvienos Susitariančios šalies laivai, taip pat jų įgulos, keleiviai ir kroviniai kitos Susitariančios šalies teritorijoje laikosi joje galiojančių teisinių aktų.

(2) Kiekvienos Susitariančios šalies jūrų laivininkystės įmonės laivai arba jūrų laivininkystės įmonės, kol jos yra kitos Susitariančios šalies teritorijoje, laikosi jos įstatymų ir kitų norminių aktų dėl tarptautinio plaukiojimo laivų įplaukimo ar išplaukimo iš jos teritorijos, taip pat dėl tokių laivų eksploatacijos ir navigacijos.

(3) Keleiviai, įgulos nariai ir prekių ekspeditoriai turi laikytis kiekvienoje iš Susitariančių šalių galiojančių įstatymų ir kitų norminių aktų dėl keleivių ir įgulų atvykimo, buvimo ir išvykimo, taip pat krovinių įvežimo, išvežimo ir sandėliavimo, ypač išsilaipinimo formalumų, įvažiavimo į šalį, muitų, mokesčių ir karantino taisyklių.

9 straipsnis Priemonės, palengvinančios susisiekimą jūromis

Susitariančios šalys pagal jose galiojančius įstatymus ir uosto taisykles imasi visų reikalingų priemonių palengvinti ir skatinti pėvežimus jūromis, išvengti prastovų, pagal galimybes pagreitinti ir supaprastinti muitų ir kitų uoste reikalingų formalumų sutvarkymą, taip pat palengvinti naudojimąsi uosto iškrovimo įranga.

Artikel 10**Gegenseitige Anerkennung von
Meßbriefen und sonstigen Schiffspapieren**

(1) Die von einer Vertragspartei entsprechend den einschlägigen internationalen Übereinkünften ausgestellten anerkannten und an Bord eines Schiffes dieser Vertragspartei befindlichen Schiffspapiere werden auch von der anderen Vertragspartei anerkannt.

(2) Schiffe, die einen amtlich ausgestellten Meßbrief einer Vertragspartei vorweisen, sind von einer erneuten Vermessung in den Häfen der anderen Vertragspartei befreit. Bei der Berechnung der Hafengebühren werden diese Papiere zugrunde gelegt.

Artikel 11**Reisedokumente für Besatzungsmitglieder**

(1) Jede der Vertragsparteien erkennt die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Reisedokumente an und gewährt den Inhabern dieser Dokumente die in Artikel 12 genannten Rechte.

(2) Die Reisedokumente sind für die Bundesrepublik Deutschland der Reisepaß oder das Seefahrtsbuch und für die Republik Litauen der Paß oder das Seefahrtsbuch.

Artikel 12**Einreise, Durchreise und
Aufenthalt von Besatzungsmitgliedern**

(1) Jede Vertragspartei gestattet den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes der anderen Vertragspartei, die Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind, während der Liegezeit des Schiffes in einem ihrer Häfen ohne Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) in Übereinstimmung mit den im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetzen und sonstigen Vorschriften an Land zu gehen und sich im Gebiet des Hafenorts aufzuhalten. Erforderlich ist in diesen Fällen

- in der Bundesrepublik Deutschland ein Landgangsausweis,
- in der Republik Litauen ein Landgangsausweis.

(2) Jedes Besatzungsmitglied, das Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente ist, darf nach Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei durchreisen, um sich zum Zweck seiner Heimschaffung oder aus einem anderen, von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei als triftig anerkannten Grund auf sein Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben. Die betreffende Aufenthaltsgenehmigung (Visum) ist in möglichst kurzer Zeit zu erteilen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien gestatten einem Besatzungsmitglied, das im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in ein Krankenhaus eingeliefert wird, den für die stationäre Behandlung erforderlichen Aufenthalt.

(4) Beide Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, Personen, die unerwünscht sind, die Einreise in ihr Hoheitsgebiet zu verweigern, auch wenn diese Personen Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind.

(5) Die Bediensteten der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie der Kapitän und die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei sind berechtigt, unter Beachtung der im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetze und sonstigen Vorschriften miteinander in Verbindung zu treten und zusammenzutreffen.

(6) Vorbehaltlich der vorstehenden Bestimmungen bleiben die Regelungen der Vertragsparteien betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern unberührt.

Artikel 13**Vorkommnisse auf See**

(1) Erleidet ein Schiff einer Vertragspartei in den Hoheitsgewässern der anderen Vertragspartei einen Schiffbruch oder eine

10 straipsnis**Abipusis laivo pasas
ir kitų laivo dokumentų pripažinimas**

(1) Vienos Susitariančios šalies pagal tarptautines sutartis paruoštus, pripažintus ir tos šalies laive esančius laivo dokumentus pripažįsta ir kita Susitarianči šalis.

(2) Laivai, kurie pateikia Susitariančios šalies oficialiai išduotą laivo pasą, kitos Susitariančios šalies uoste nebematuojami. Skaičiuojant uosto rinkliavas, remiamasi šiais dokumentais.

11 straipsnis**Įgulos narių kelionės dokumentai**

(1) Kiekviena Susitariančių šalių pripažįsta kitos Susitariančios šalies atitinkamų žinybų išduotus kelionės dokumentus ir suteikia tų dokumentų savininkams 12 straipsnyje išvardintas teises.

(2) Vokietijos Federacinės Respublikos pusės kelionės dokumentai yra užsienio pasas arba jūreivio pasas, Lietuvos Respublikos pusės kelionės dokumentai – pasas arba jūreivio pasas.

12 straipsnis**Įgulos narių įvažiavimas,
tranzitas ir buvimas šalyje**

(1) Kiekviena iš Susitariančių šalių kitos Susitariančios šalies įgulos nariams, turintiems vieną iš 11 straipsnyje nurodytų kelionės dokumentų, leidžia laivo stovėjimo viename iš jos uostų metu išlipti į krantą ir būti uostamiesčio teritorijoje, neturint išankstinio leidimo apsisototi (vizos), sutinkamai su toje šalyje galiojančiais atitinkamais įstatymais ir kitais norminiais aktais. Tokiu atveju reikia turėti:

- Vokietijos Federacinėje Respublikoje – leidimą išlipti į krantą;
- Lietuvos Respublikoje – leidimą išlipti į krantą;

(2) Kiekvienas įgulos narys, turintis vieną iš 11 straipsnyje nurodytų kelionės dokumentų gavę leidimą apsisototi prieš įvažiavimą į šalį (vizą), gali pervaziuoti kitos Susitariančios šalies teritoriją, grįždamas namo arba kitu tikslu, Susitariančios šalies kompetentingų žinybų pripažintu svarbiu, vykti į savo ir kurį kitą laivą. Reikalingas leidimas (viza) turi būti išduodamas kuo greičiausiai.

(3) Susitariančių šalių kompetentingos žinybos leidžia įgulos nariui, paguldytam į ligoninę kitos Susitariančios šalies teritorijoje, būti toje šalyje stacionariniam gydymui reikalingą laikotarpį.

(4) Abi Susitariančios pusės pasilieka teisę atsakyti duoti įvažiavimo leidimą nepageidautiniams asmenims, net jei tie asmenys turi vieną iš 11 straipsnyje nurodytų kelionės dokumentų.

(5) Susitariančios šalies diplomatinė misijų ir konsulinė atstovybių tarnautojai bei šios Susitariančios šalies laivų kapitonai ir įgulos nariai turi teisę susisiekti ir susitikti pagal šalies, kurioje jie yra, įstatymus ir kitas teisinės normas.

(6) Nepaisant aukščiau pateiktų nuostatų, Susitariančių šalių taisyklės dėl įvažiavimo, apsisotijimo ir išvažiavimo lieka nepakitę.

13 straipsnis**Nelaimingi atsitikimai jūroje**

(1) Jei vienos Susitariančios šalies laivą kitos šalies teritoriniuose vandenynuose ištinka katastrofa ar avarija, jei jis skęsta ar

Havarie, läuft es auf Grund oder gerät es in sonstiger Weise in Seenot, so gewähren die Behörden dieser anderen Vertragspartei dem Kapitän, den Besatzungsmitgliedern den Fahrgästen sowie dem Schiff und seiner Ladung den gleichen Schutz und Beistand wie Schiffen unter der eigenen Flagge. Die in Satz 1 genannten Vorkommnisse werden von den von jeder Vertragspartei gegenüber der anderen Vertragspartei zu bezeichnenden Behörden untersucht, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, auf jeden Fall aber dann, wenn bei einem solchen Vorkommnis ein Fahrzeug gesunken oder aufgegeben worden ist oder jemand den Tod erlitten hat. Die Untersuchungsergebnisse werden von den zu bezeichnenden Behörden den Behörden der anderen Vertragspartei so schnell wie möglich übermittelt.

(2) Die Vertragsparteien sehen, falls ein Schiff einen Unfall oder eine Havarie erlitten hat, von der Erhebung von Einfuhrzöllen, Steuern und jeglichen anderen Abgaben, denen Ladung, Ausrüstung, Materialien, Vorräte und anderes Schiffszubehör unterliegen ab, sofern diese Gegenstände im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei weder gebraucht noch verbraucht werden.

(3) Absatz 2 schließt die Anwendung der Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien betreffend die vorübergehende Lagerung von Gütern nicht aus.

Artikel 14

Gemischter Seeschiffahrtsausschuß und Konsultationen

(1) Um die wirksame Anwendung dieses Abkommens zu gewährleisten, wird ein Gemischter Seeschiffahrtsausschuß gebildet, der aus den Seeschiffahrtsverwaltungen und den von den Vertragsparteien benannten Sachverständigen besteht.

(2) Dieser Ausschuß behandelt Fragen von gemeinsamen Interesse, insbesondere Fragen im Zusammenhang mit

- den Tätigkeiten der Seeschiffahrtsunternehmen und der Schiffe der Vertragsparteien, die im Seeverkehr zwischen den Vertragsparteien beschäftigt sind;
- der Beachtung sämtlicher Bedingungen für die ordnungsgemäße Abwicklung des Seeverkehrs durch die Seeschiffahrtsunternehmen jeder Vertragspartei;
- den zweiseitigen Konsultationen der Seeschiffahrtsunternehmen und der Seeschiffahrtsbehörden beider Vertragsparteien;
- der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten einschließlich derer, die aus der Auslegung dieses Abkommens entstehen.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Grundsätze des beiderseitigen Vorteils und der nichtdiskriminierenden Behandlung der Seeschiffahrtsunternehmen und Schiffe beider Vertragsparteien zu beachten.

(4) Der Gemischte Seeschiffahrtsausschuß tritt auf Antrag einer der Vertragsparteien spätestens drei Monate nach Stellung dieses Antrags zusammen.

Artikel 15

Technische Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien ermutigen die Reeder und die mit der Seeschiffahrt verbundenen Institutionen beider Länder, alle möglichen Formen der Zusammenarbeit, insbesondere in der Ausbildung von Fachleuten und in technischen Fragen zu suchen und zu entwickeln.

Artikel 16

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

kaip nors kitaip yra pakenktas, tai kitos Susitariančios šalies žinybos suteikia kapitonui, įgulos nariams ir keleiviams, taip pat laivui ir jo kroviniams tokią pačią pagalbą ir apsaugą kaip ir laivams su savo šalies vėliava. Aukščiau išvardintus nelaimingus atsitikimus tiria kiekvienos Susitariančios šalies paskirtos kitos Susitariančios šalies žinybos, jei yra visuomenės susidomėjimas, ir bet kokių atveju – jei tokio įvykio metu laivas nuskendo arba buvo paliktas, arba kas nors žuvo. Tyrimo rezultatus paskirtos žinybos kaip galima greičiau perduoda kitos Susitariančios šalies žinybai.

(2) Susitariančios šalys, laivui patyrus avariją ar kitą nelaimingą atsitikimą, neima įvežimo muitų, mokesčių ir kitų rinkliavų už krovinius, įrangą, medžiagas ir kitus laivo prietaisus, jei tie daiktai kitos Susitariančios šalies teritorijoje nebuvo naudojami ar vartojami.

(3) 2 paragrafas nepanaikina Susitariančių šalių įstatymų ir kitų teisinių aktų dėl laikino prekių sandėliavimo galiojimo.

14 straipsnis

Bendra laivininkystės komisija ir konsultacijos

(1) Siekiant garantuoti efektyvų šios sutarties vykdymą, sudaroma Bendra laivininkystės komisija, susidedanti iš Susitariančių šalių jūrų laivininkystės įmonių valdybų ir Susitariančių šalių skiriamų ekspertų.

(2) Ši komisija svarsto klausimus, liečiančius bendrus interesus, visų pirma susijusius su:

- jūrų laivininkystės įmonių ir Susitariančių šalių laivų veikla laivyboje tarp abiejų Susitariančių šalių;
- Susitariančių šalių laivininkystės įmonių visų sąlygų vykdymu, kad būtų užtikrintas susisiekimas jūrų transportu;
- abiejų Susitariančių šalių jūrų laivininkystės įmonių ir jūrų laivininkystės žinybų abipusėmis konsultacijomis;
- ginčų, įskaitant ir kylančius dėl šios sutarties traktavimo, sprendimu.

(3) Susitariančios šalys įsipareigoja laikytis abipusio palankumo ir abiejų šalių jūrų laivininkystės įmonių ir laivų nediskriminavimo principo.

(4) Bendra Jūrų laivininkystės komisija susirenka vienos iš Susitariančių šalių prašymu, ne vėliau kaip 3 mėnesiai po pareiškimo įteikimo.

15 straipsnis

Techninis bendradarbiavimas

Susitariančios šalys skatina abiejų šalių laivų savininkus ir su jūrų laivininkyste susijusias instrukcijas ieškoti ir plėtoti visas galimas bendradarbiavimo formas, ypač specialistų rengimo ir techninių klausimų sprendimo srityse.

16 straipsnis

Įsigaliojimas

Ši Sutartis įsigalioja nuo tos dienos, kai Susitariančios šalys praneša viena kitai, kad įvykdytos reikalingos prielaidos valstybių viduje Sutarties įsigaliojimui. Įsigaliojimo diena yra paskutinės notifikacijos gavimo diena.

Artikel 17**Geltungsdauer, Kündigung**

- (1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (2) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch Notifikation gekündigt werden.

Geschehen zu Wilna am 28. Juli 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

17 straipsnis**Sutarties galiojimo laikas ir nutraukimas**

- (1) Ši Sutartis sudaryta neribotam laikui.
- (2) Sutartis gali būti nutraukta, vienai iš Susitariančių šalių pateikus notifikaciją laikantis šešių mėnesių termino.

Pasirašyta Vilniuje 1992 m. liepos mėn 28 d. dviem egzemplioriais, iš kurių kiekvienas yra lietuvių ir vokiečių kalba, abu tekstai turi vienodą galią.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Vokietijos Federacinės
Respublikos Vyriausybės vardu
Gottfried Albrecht
Wolfgang Gröbl

Für die Regierung der Republik Litauen
Lietuvos Respublikos
Vyriausybės vardu
Biržiškis

**Verordnung
über die Inkraftsetzung der ECE-Regelung Nr. 91
über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung
von Seitenmarkierungsleuchten für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger
(Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 91)**

Vom 29. Dezember 1993

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1968 (BGBl. 1968 II S. 1224) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

Artikel 1

Die nach Artikel 1 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene ECE-Regelung Nr. 91 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Seitenmarkierungsleuchten für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Wortlaut der Regelung wird mit einer amtlichen deutschen Übersetzung als Anhang zu dieser Verordnung veröffentlicht. *)

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die ECE-Regelung Nr. 91 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die ECE-Regelung Nr. 91 für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 29. Dezember 1993

Der Bundesminister für Verkehr
In Vertretung
Dr. Knittel

*) Die ECE-Regelung Nr. 91 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlages übersandt.

**Verordnung
über die Inkraftsetzung der ECE-Regelung Nr. 65
und der Änderung 1 zur ECE-Regelung Nr. 65
über einheitliche Bedingungen
für die Genehmigung von Kennleuchten für Blinklicht für Kraftfahrzeuge
(Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 65)**

Vom 30. Dezember 1993

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1968 (BGBl. 1968 II S. 1224) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

Artikel 1

Die nach Artikel 1 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene ECE-Regelung Nr. 65 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Kennleuchten für Blinklicht für Kraftfahrzeuge sowie die nach Artikel 12 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene Änderung 1 zur ECE-Regelung Nr. 65 werden hiermit in Kraft gesetzt. Der Wortlaut der ECE-Regelung Nr. 65 sowie der Wortlaut der Änderung 1 zur ECE-Regelung Nr. 65 werden mit einer amtlichen deutschen Übersetzung als Anhang 1 und 2 zu dieser Verordnung veröffentlicht.¹⁾

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem die ECE-Regelung Nr. 65 sowie die Änderung 1 zur ECE-Regelung Nr. 65 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die ECE-Regelung Nr. 65 für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt. Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 30. Dezember 1993

Der Bundesminister für Verkehr
In Vertretung
Dr. Knittel

¹⁾ Die ECE-Regelung Nr. 65 sowie die Änderung 1 zur ECE-Regelung Nr. 65 werden als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlages übersandt.

**Verordnung
über die Inkraftsetzung der ECE-Regelung Nr. 90
über einheitliche Bedingungen
für die Genehmigung von Ersatz-Bremsbelag-Einheiten
für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger
(Verordnung zur ECE-Regelung Nr. 90)**

Vom 5. Januar 1994

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juni 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher Bedingungen für die Genehmigung der Ausrüstungsgegenstände und Teile von Kraftfahrzeugen und über die gegenseitige Anerkennung der Genehmigung (BGBl. 1965 II S. 857), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1968 (BGBl. 1968 II S. 1224) eingefügt worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr nach Anhörung der zuständigen obersten Landesbehörden:

Artikel 1

Die nach Artikel 1 des Übereinkommens vom 20. März 1958 angenommene ECE-Regelung Nr. 90 über einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Ersatz-Bremsbelag-Einheiten für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Wortlaut der Regelung wird mit einer amtlichen deutschen Übersetzung als Anhang zu dieser Verordnung veröffentlicht.*)

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die ECE-Regelung Nr. 90 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die ECE-Regelung Nr. 90 für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt. Der Tag des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 5. Januar 1994

Der Bundesminister für Verkehr
In Vertretung
Dr. Knittel

*) Die ECE-Regelung Nr. 90 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblattes ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblattes Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlages übersandt.

**Bekanntmachung
des deutsch-nepalesischen Abkommens
über kulturelle Zusammenarbeit**

Vom 29. November 1993

Das in Kathmandu am 12. August 1992 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Seiner Majestät Regierung von Nepal über kulturelle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 11 und die durch Notenwechsel vom selben Tag geschlossene Vereinbarung zu den Artikeln 2 und 3 des Abkommens nach ihrem letzten Absatz

am 6. September 1993

in Kraft getreten; das Abkommen und die einleitende deutsche Note der Vereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 29. November 1993

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Eitel

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und Seiner Majestät Regierung von Nepal
über kulturelle Zusammenarbeit

Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and His Majesty's Government of Nepal
concerning Cultural Cooperation

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
Seiner Majestät Regierung von Nepal –

The Government of the Federal Republic of Germany
and
His Majesty's Government of Nepal,

in dem Wunsch, die kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern zu vertiefen,

Desiring to intensify the cultural and scientific relations existing between their peoples,

in der Überzeugung, daß der kulturelle Austausch die gegenseitige Zusammenarbeit sowie das Verständnis für die Kultur und das Geistesleben sowie die Lebensform des anderen Volkes fördern wird –

Convinced that cultural exchanges will promote cooperation between them and an understanding of the culture, intellectual activities and way of life of the people of the other country,

sind wie folgt übereingekommen:

have agreed as follows:

Artikel 1

Article 1

Beide Vertragsparteien werden bestrebt sein, die gegenseitige Kenntnis der Kultur ihrer Länder zu verbessern und einander bei der Erreichung dieses Zieles zu helfen.

Both Contracting Parties shall endeavour to improve mutual knowledge of the culture of their countries and to assist each other in achieving this aim.

Artikel 2

Article 2

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer jeweils geltenden Rechtsvorschriften und unter den von ihnen zu vereinbarenden Bedingungen die Gründung und Tätigkeit kultureller Einrichtungen der jeweils anderen Vertragspartei im eigenen Land erleichtern und fördern.

(1) The Contracting Parties shall, within the framework of their applicable legislation and on terms to be agreed upon by them, facilitate and promote in their own country the establishment and activities of cultural institutions of the other Contracting Party.

(2) Kulturelle Einrichtungen im Sinne des Absatzes 1 sind insbesondere Kulturinstitute, allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, nichtschulische Bildungseinrichtungen, Bibliotheken und ähnliche wissenschaftliche und kulturelle Institutionen. Den entsandten Fachkräften dieser Institutionen sind im offiziellen Auftrag wissenschaftlich-kulturell oder pädagogisch tätige entsandte oder vermittelte Einzelpersonen gleichgestellt.

(2) Cultural institutions within the meaning of paragraph 1 above are, in particular, cultural institutes, schools providing general education and vocational schools, non-school educational establishments, libraries and similar scientific and cultural institutions. Individuals who are seconded or provided for official assignments in the scientific, cultural or educational sphere shall have the same status as the seconded experts of these institutions.

(3) Die Vertragsparteien gewähren den entsandten Fachkräften dieser Einrichtungen sowie den ihnen gemäß Absatz 2 gleichgestellten Einzelpersonen und ihren Familienangehörigen im Rahmen ihrer geltenden Rechtsvorschriften alle für die Durchführung ihrer Aufgabe erforderlichen Erleichterungen bei der Ein- und Ausreise, der Ein- und Ausfuhr ihres Umzugsguts sowie bei der Erteilung der notwendigen Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse.

(3) The Contracting Parties shall, in accordance with their applicable legislation, afford the seconded experts of the said institutions and the individuals given the same status under paragraph 2 above as well as the members of their families such facilities with regard to their entering and leaving the country, the importation and exportation of their household effects and the issue of work and residence permits as are necessary for the performance of their tasks.

(4) Die Vertragsparteien werden um steuerliche und sonstige Abgabefreiheit für die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Personen und Einrichtungen bemüht sein, soweit es die geltenden innerstaatlichen Gesetze und Verordnungen zulassen.

(4) The Contracting Parties shall endeavour, in so far as the applicable national laws and regulations permit, to grant exemption from taxes and other charges applicable to the persons and institutions referred to in paragraphs 1 to 3 above.

(5) Der Status der in den Absätzen 1 und 2 genannten kulturellen Einrichtungen und der von den Vertragsparteien im Rahmen der kulturellen Zusammenarbeit im offiziellen Auftrag entsandten oder vermittelten Fachkräfte wird durch eine besondere Vereinbarung geregelt.

(5) The status of the cultural institutions referred to in paragraphs 1 and 2 above and of the experts seconded or provided by the Contracting Parties for official assignments within the framework of cultural cooperation shall be dealt with in a separate arrangement.

Artikel 3

Auf dem Gebiet der Wissenschaft und des Bildungswesens einschließlich der Hochschulen, allgemeiner und beruflicher Schulen, Organisationen und Einrichtungen der nichtschulischen beruflichen Bildung und Weiterbildung für Erwachsene, der Schul- und Berufsbildungsverwaltungen und anderer Bildungs- und Forschungseinrichtungen werden die Vertragsparteien, um zur Zusammenarbeit in allen ihren Formen zu ermutigen, bemüht sein,

1. die gegenseitige Entsendung von Delegationen zum Zweck der Information und des Erfahrungsaustausches zu unterstützen;
2. den Austausch von Wissenschaftlern, Hochschulverwaltungspersonal, Lehrkräften, Ausbildern, Studenten, Schülern und Auszubildenden zu Informations-, Studien-, Forschungs- und Ausbildungsaufenthalten zu unterstützen;
3. den Austausch von wissenschaftlicher, pädagogischer und didaktischer Literatur, Lehr-, Anschauungs- und Informationsmaterial und Lehrfilmen sowie die Veranstaltung entsprechender Fachausstellungen zu fördern;
4. die Beziehungen zwischen den Hochschulen beider Länder und anderer kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen zu fördern.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten qualifizierten Studenten und Wissenschaftlern der jeweils anderen Vertragspartei Stipendien zur Ausbildung, zur Fortbildung und zu Forschungsarbeiten zur Verfügung stellen, sofern die Voraussetzungen hierfür bestehen.

Artikel 5

Die Vertragsparteien werden bemüht sein, das Studium der Sprache, der Kultur und der Literatur des anderen Landes zu fördern.

Artikel 6

Um eine bessere Kenntnis der Kunst, Literatur und verwandter Gebiete des anderen Landes zu vermitteln, werden sich die Vertragsparteien auf der Grundlage der Gegenseitigkeit bemühen, entsprechende Maßnahmen durchzuführen und einander dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfe zu leisten, insbesondere

1. bei Gastspielen von Künstlern und Ensembles, bei der Veranstaltung von Konzerten, Theateraufführungen und anderen künstlerischen Darbietungen;
2. bei der Durchführung von Ausstellungen sowie der Organisation von Vorträgen und Vorlesungen;
3. bei der Organisation gegenseitiger Besuche von Vertretern der verschiedenen Gebiete des kulturellen Lebens, insbesondere der Literatur, der Musik, der darstellenden und der bildenden Künste, zur Entwicklung der Zusammenarbeit, zum Erfahrungsaustausch sowie zur Teilnahme an Tagungen und ähnlichen Veranstaltungen;
4. bei der Förderung von Kontakten auf den Gebieten des Verlagswesens, der Bibliotheken, Archive und Museen sowie bei dem Austausch von Fachleuten und Material;
5. bei der Herausgabe von Übersetzungen von Werken der schöngeistigen, der wissenschaftlichen und der Fachliteratur.

Artikel 7

Die Vertragsparteien werden auf dem Gebiet des Filmwesens, des Fernsehens und des Hörfunks die Zusammenarbeit der betreffenden Anstalten in ihren Ländern sowie die Herstellung und den Austausch von Filmen und anderen audiovisuellen Medien, die den Zielen des Abkommens dienen können, im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.

Article 3

In the field of science and education, including universities and other institutions of higher education, general and vocational schools, organizations and institutions of non-school vocational training and adult education, school and vocational training authorities as well as other educational and research institutions, the Contracting Parties shall, with a view to encouraging cooperation in all its forms, endeavour to

1. support mutual visits by delegations for information purposes and to exchange experience;
2. support the exchange of scientists and scholars, university administrators, teachers, instructors, students, pupils and trainees for information, study, research and training purposes;
3. promote the exchange of scientific and educational literature, teaching aids, information and demonstration material and instructional films as well as the organization of relevant specialized exhibitions;
4. promote relations between the universities and other institutions of higher education of the two countries and between other cultural and scientific institutions.

Article 4

The Contracting Parties shall to the extent possible award basic training, further training and research scholarships for qualified students, scientists and scholars of the other Contracting Party, provided that the requirements are met.

Article 5

The Contracting Parties shall endeavour to encourage the study of the language, culture and literature of the other country.

Article 6

In order to impart a better knowledge of the art, literature and related fields of the other country, the Contracting Parties shall, on the basis of reciprocity, endeavour to carry out appropriate measures and assist each other as far as possible, in particular

1. with regard to the arrangement of performances by visiting artists and ensembles, of concerts and plays, as well as other artistic performances;
2. in the organization of exhibitions and lectures;
3. in the organization of mutual visits by representatives of the various spheres of cultural life, in particular literature, music, the performing and fine arts, in the development of cooperation, exchanges of experience, and participation in congresses and similar events;
4. in fostering contacts in the fields of publishing, libraries, archives and museums, and in the exchange of specialists and material;
5. in the publication of translations of belletristic, scientific and technical literature.

Article 7

The Contracting Parties shall as far as possible support cooperation between their respective film, television and radio broadcasting corporations as well as the production and exchange of films and other audio-visual media which may serve the purposes of this Agreement.

Artikel 8

Die Vertragsparteien werden bestrebt sein, den Jugendaustausch sowie die Zusammenarbeit zwischen den Jugendorganisationen und Institutionen der außerschulischen Jugendbildung zu fördern.

Article 8

The Contracting Parties shall endeavour to promote youth exchanges as well as cooperation between youth organizations and institutions of non-school youth education.

Artikel 9

Die Vertragsparteien werden Begegnungen zwischen Sportlern und Sportmannschaften ihrer Länder ermutigen und bestrebt sein, die Zusammenarbeit im Bereich des Sports (auch an Schulen und Hochschulen) zu fördern.

Article 9

The Contracting Parties shall encourage meetings between sportsmen and sports teams from their countries and endeavour to foster cooperation in the field of sports (not least at schools, universities and other institutions of higher education).

Artikel 10

Die Vertreter der Vertragsparteien werden nach Bedarf oder auf Ersuchen einer Vertragspartei abwechselnd in einem der beiden Staaten zusammentreten, um die Bilanz des im Rahmen dieses Abkommens erfolgten Austausches zu ziehen und Empfehlungen für die weitere kulturelle Zusammenarbeit zu erarbeiten.

Article 10

As necessary or upon the request of one of the Contracting Parties, the representatives of the Contracting Parties shall meet alternately in the two countries in order to review the exchanges that have been carried out under this Agreement and to draw up recommendations for further cultural cooperation.

Artikel 11

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

Article 11

This Agreement shall enter into force on the date on which the Contracting Parties have notified each other that their respective national requirements for the entry into force of this Agreement have been fulfilled.

Artikel 12

Dieses Abkommen gilt für die Dauer von fünf Jahren. Danach verlängert sich die Geltungsdauer jeweils um weitere fünf Jahre, sofern das Abkommen nicht von einer Vertragspartei mit einer Frist von sechs Monaten schriftlich gekündigt wird.

Article 12

This Agreement shall be valid for a period of five years and shall be extended for successive five-year periods unless it is denounced in writing by either Contracting Party giving six months' notice.

Geschehen zu Kathmandu am 12. August 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher, nepalesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des nepalesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Done at Kathmandu on 12 August 1992 in duplicate in the German, Nepali and English languages, all three texts being authentic.

In case of divergent interpretations of the German and Nepali texts, the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany
Dr. Schneller

Für Seine Majestät Regierung von Nepal
For His Majesty's Government of Nepal
Dr. Upadhyaya

Botschaft der
Bundesrepublik Deutschland
Kathmandu

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Königreichs Nepal den Abschluß einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Seiner Majestät Regierung von Nepal zu den Artikeln 2 und 3 des deutsch-nepalesischen Abkommens vom 12. August 1992 über kulturelle Zusammenarbeit vorzuschlagen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Im Einklang mit dem Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Seiner Majestät Regierung von Nepal gilt diese Vereinbarung für die in Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens genannten kulturellen Einrichtungen, deren Fachkräfte und andere Fachkräfte, die von den Vertragsparteien im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf kulturellem, erzieherischem, wissenschaftlichem und sportlichem Gebiet entsandt oder vermittelt werden und die als Berater, Forscher, Wissenschaftler, Professoren, Lehrer oder Dozenten beschäftigt sind
 - bei der Zweigstelle des Goethe-Instituts in Kathmandu;
 - als vom Deutschen Akademischen Austauschdienst an Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen des Königreichs Nepal entsandte Dozenten, Lehrkräfte oder Wissenschaftler;
 - an staatlichen oder privaten nepalesischen Oberschulen;
 - an anderen von den Vertragsparteien in Vereinbarungen durch Notenwechsel bezeichneten kulturellen Einrichtungen.
2. Die Vertragsparteien gewähren im Rahmen des geltenden Rechts Abgabenfreiheit für Ausstattungsgegenstände (z.B. Dienstfahrzeuge, technische Geräte, Möbel, belichtete Filme, Bücher, Zeitschriften, Bild- und Tonmaterial), die für die kulturellen Einrichtungen der anderen Vertragspartei eingeführt werden.
3. Den unter Nummer 1 genannten deutschen Fachkräften und ihren Familienangehörigen werden die Befreiungen und Erleichterungen nach Artikel 7 des Abkommens vom 30. Mai 1974 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Seiner Majestät Regierung von Nepal über Technische Zusammenarbeit gewährt.
4. Die Befreiungen nach Nummer 3 werden gewährt, wenn die diplomatische Vertretung der entsendenden Vertragspartei die tatsächlichen Voraussetzungen der Befreiung bestätigt.
5. Den Fachkräften und ihren Familienangehörigen werden während ihres Aufenthalts im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei
 - a) in Zeiten nationaler und internationaler Krisen die gleichen Heimkehrerleichterungen gewährt, welche die beiden Regierungen ausländischen Fachkräften im Einklang mit den jeweils geltenden Gesetzen einräumen;
 - b) die nach dem allgemeinen Völkerrecht bestehenden Rechte im Falle der Beschädigung oder des Verlusts ihres Eigentums infolge öffentlicher Unruhe gewährt.
6. Erleichterungen verwaltungstechnischer Art werden unter Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten in beiden Ländern in besonderen Notenwechseln vereinbart.

Falls sich Seiner Majestät Regierung von Nepal mit den unter den Nummern 1 bis 6 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Seiner Majestät Regierung von Nepal zum Ausdruck bringende Antwortnote einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Seiner Majestät Regierung von Nepal bilden, die gleichzeitig mit dem Abkommen vom 12. August 1992 über kulturelle Zusammenarbeit in Kraft tritt.

Die Botschaft benutzt diesen Anlaß, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten des Königreichs Nepal erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Kathmandu, 12. August 1992

An das
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
des Königreichs Nepal
Kathmandu

**Bekanntmachung
des deutsch-russischen Abkommens
über den internationalen Straßenverkehr**

Vom 14. Dezember 1993

Das in Bonn am 14. Juli 1993 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über den internationalen Straßenverkehr tritt nach seinem Artikel 22

am 15. Dezember 1993

in Kraft; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 14. Dezember 1993

Der Bundesminister für Verkehr
In Vertretung
Dr. Knittel

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Russischen Föderation
über den internationalen Straßenverkehr**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Russischen Föderation –

Personenverkehr

Artikel 2

geleitet von dem Bestreben, die Bestimmungen der in Helsinki am 1. August 1975 unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, insbesondere die Bestimmungen, die die Entwicklung des Verkehrswesens betreffen, zu erfüllen,

unter Berücksichtigung des Vertrags vom 9. November 1990 über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

in dem Wunsch, den Straßenpersonen- und -güterverkehr zwischen den beiden Ländern und den Transitverkehr durch das jeweilige Hoheitsgebiet auf der Grundlage der Gegenseitigkeit auszubauen und zu erleichtern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Das Abkommen regelt die Beförderung von Personen und Gütern zwischen den beiden Ländern und im Transitverkehr durch das jeweilige Hoheitsgebiet auf für den internationalen Verkehr freigegebenen Straßen mit Kraftfahrzeugen, die in der Bundesrepublik Deutschland oder in der Russischen Föderation zugelassen sind.

(1) Die Beförderung von Personen im Linienverkehr mit Kraftomnibussen erfolgt nach Abstimmung und auf der Grundlage entsprechender Genehmigungen der zuständigen Behörden der Vertragsparteien.

(2) Die Anträge auf Einrichtung eines Linienverkehrs werden von den zuständigen Behörden der jeweils anderen Vertragspartei rechtzeitig übergeben. Die Anträge müssen Angaben enthalten zum Namen des Unternehmers oder der Firma, zur Linienführung, zum Fahrplan, zum Tarif, zu den Haltestellen, an denen der Unternehmer Fahrgäste aufnehmen oder absetzen wird, sowie zu dem Betriebszeitraum und zur Häufigkeit der Fahrten.

Artikel 3

(1) Der Gelegenheitsverkehr von Personen mit Kraftomnibussen zwischen beiden Ländern oder im Transit durch deren Hoheitsgebiete bedarf keiner Genehmigung, wenn es sich um eine Fahrt handelt, bei der auf der gesamten Fahrtstrecke die gleiche Reisegruppe mit demselben Kraftomnibus befördert wird:

- a) wenn die Fahrt im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, bei der der Kraftomnibus zugelassen ist, beginnt und endet;
- b) wenn die Fahrt im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, bei der der Kraftomnibus zugelassen ist, beginnt und im Hoheitsge-

biet der anderen Vertragspartei endet, unter der Voraussetzung, daß die Rückfahrt eine Leerfahrt ist.

(2) Eine Genehmigung ist ebenfalls nicht erforderlich:

- a) für die Einfahrt leerer Omnibusse mit dem Ziel, eine Reisegruppe von dem Ort im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, wohin diese Gruppe vorher gebracht wurde (in dem in Absatz 1 Buchstabe b dieses Artikels genannten Fall), mit dem gleichen Unternehmer an den Ausgangspunkt zurückzubefördern,
- b) wenn ein defekter Kraftomnibus durch einen anderen ersetzt wird.

(3) Bei der Durchführung der in Absatz 1 und Absatz 2 Buchstabe a dieses Artikels genannten Fahrten muß der Fahrer des Kraftomnibusses ein Dokument mit sich führen, dessen Form von den zuständigen Behörden der Vertragsparteien vereinbart ist und das eine Liste der Fahrgäste enthält.

(4) Gelegenheitsverkehr, der nicht den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieses Artikels entspricht, bedarf in jedem Einzelfall der Genehmigung der zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien vereinbaren untereinander das Verfahren der Erteilung dieser Genehmigungen und ihre Form.

Güterverkehr

Artikel 4

(1) Beförderungen von Gütern im Wechsel- oder Transitverkehr durch ihre Hoheitsgebiete, ausgenommen die in Artikel 5 dieses Abkommens genannten Beförderungen, mit Lastkraftwagen mit oder ohne Anhänger oder mit Zugmaschinen mit Sattelauflegern bedürfen einer Genehmigung der zuständigen Behörden der Vertragsparteien.

(2) Für jede Güterbeförderung ist eine einzelne Genehmigung erforderlich, die, sofern darin nichts anderes geregelt ist, zur Durchführung einer Hin- und Rückfahrt berechtigt.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien tauschen jährlich die vereinbarte Anzahl der Formulare für Genehmigungen von Beförderungen im Güterverkehr kostenlos aus. Diese Formulare müssen Siegel und Unterschrift der zuständigen Behörde tragen, die die Genehmigung erteilt hat. Das Verfahren und die Termine des Austausches der Genehmigungsformulare sowie deren Form werden von den zuständigen Behörden der Vertragsparteien vereinbart.

Artikel 5

Genehmigungen nach Artikel 4 dieses Abkommens sind nicht erforderlich für die Beförderung von

- a) Ausstellungsstücken, Ausrüstungsgegenständen und Material für Messen und Ausstellungen;
- b) Fahrzeugen sowie verschiedenen Geräten und anderen Gütern, welche zur Durchführung von Sportveranstaltungen bestimmt sind;
- c) Theaterdekorationen und -requisiten, Musikinstrumenten, Ausrüstungen und Zubehör für Filmaufnahmen, Rundfunk- und Fernsehübertragungen;
- d) Leichen und Asche Verstorbener;
- e) Postsendungen;
- f) beschädigten Kraftfahrzeugen bei Rückführung in das Zulassungsland;
- g) Umzugsgut (Hausrat);
- h) Gütern mit Kraftfahrzeugen, deren zulässiges Gesamtgewicht einschließlich Anhänger 6 t oder deren zulässige Nutzlast einschließlich Anhänger 3,5 t nicht übersteigt;

- i) Medikamenten, medizinischen Geräten und Ausrüstungen sowie anderen zur Hilfeleistung in dringenden Notfällen (insbesondere bei Naturkatastrophen) bestimmten Gütern;
- k) Ersatzteilen mit Pannenhilfsfahrzeugen;
- l) lebenden Tieren.

Artikel 6

(1) Wenn die Abmessungen oder das Gewicht des beladenen oder unbeladenen Kraftfahrzeugs die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei festgesetzten Normen überschreiten, muß der Unternehmer bei den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei eine Sondergenehmigung einholen.

(2) Soweit für die Beförderung gefährlicher Güter eine Sondergenehmigung erforderlich ist, muß der Unternehmer diese Sondergenehmigung bei den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei einholen.

(3) Wenn die in den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels erwähnten Genehmigungen für die Fahrt des Kraftfahrzeugs eine bestimmte Fahrtstrecke vorsehen, darf die Beförderung nur auf dieser Fahrtstrecke stattfinden.

Artikel 7

Für den nach diesem Abkommen vorgesehenen Güterverkehr sind Frachtpapiere erforderlich, deren Form dem international üblichen Muster entsprechen muß.

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 8

(1) Die nach diesem Abkommen vorgesehenen Beförderungen dürfen nur von Unternehmern ausgeführt werden, die nach den Gesetzen ihres Landes grenzüberschreitende Beförderungen durchführen dürfen.

(2) Kraftfahrzeuge, mit denen grenzüberschreitende Beförderungen durchgeführt werden, müssen ein amtliches Kennzeichen und das Nationalitätszeichen ihres Landes führen.

Artikel 9

(1) Dem Unternehmer ist es nicht erlaubt, Beförderungen von Fahrgästen oder Gütern zwischen zwei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelegenen Orten durchzuführen.

(2) Auf Grund der in Artikel 4 dieses Abkommens genannten Genehmigungen kann der Unternehmer Beförderungen aus dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in ein drittes Land sowie aus einem dritten Land in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei durchführen, wenn dabei die verkehrübliche Fahrtstrecke durch das Land führt, in dem das Kraftfahrzeug zugelassen ist.

Artikel 10

(1) Der Fahrer eines Kraftomnibusses oder Lastkraftwagens muß einen nationalen oder internationalen Führerschein für die Klasse des von ihm gesteuerten Fahrzeugs sowie nationale Zulassungspapiere für das Kraftfahrzeug mit sich führen.

(2) Der nationale oder internationale Führerschein muß den in dem internationalen Übereinkommen über den Straßenverkehr festgelegten Bestimmungen entsprechen.

(3) Die Genehmigung und die anderen nach den Bestimmungen dieses Abkommens erforderlichen Unterlagen sind in dem entsprechenden Kraftfahrzeug mitzuführen und den zuständigen Kontrollorganen auf Verlangen vorzuweisen.

Artikel 11

Fragen im Zusammenhang mit der praktischen Durchführung von Beförderungen von Personen und Gütern können unmittelbar

zwischen den Organisationen und Unternehmen der Vertragsparteien geregelt werden.

Artikel 12

Bei der Durchführung von Beförderungen auf Grund dieses Abkommens entfallen für jede der Vertragsparteien alle Abfertigungsgebühren und Eingangsabgaben sowie die Genehmigungspflicht für die Einfuhr folgender Güter in das Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei:

- a) Kraftstoff, der in den für das jeweilige Kraftfahrzeugmodell vorgesehenen Hauptbehältern, die technisch und vom Aufbau her mit der Kraftstoffanlage verbunden sind, mitgeführt wird in einer Menge von 600 l für Kraftomnibusse und von 200 l für Lastkraftfahrzeuge sowie zusätzlicher Kraftstoff in einer Menge von 200 l je Kühlanlage oder sonstiger Anlage auf Lastkraftfahrzeugen oder Spezialcontainern;
- b) Schmierstoffe, die sich im Kraftfahrzeug befinden und die dem normalen Bedarf für den Betrieb während der Beförderung entsprechen;
- c) Ersatzteile und Werkzeug zur Instandsetzung des Kraftfahrzeugs, mit dem die grenzüberschreitende Beförderung durchgeführt wird; nicht verwendete Ersatzteile sowie ausgewechselte Altteile müssen wieder ausgeführt, vernichtet oder nach den Bestimmungen, die im Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragspartei gelten, behandelt werden.

Artikel 13

Beförderungen auf Grund dieses Abkommens dürfen nur unter der Bedingung des vorherigen Abschlusses einer Haftpflichtversicherung für jedes zur Durchführung einer Beförderung verwendete Kraftfahrzeug durchgeführt werden.

Artikel 14

Hinsichtlich der Grenzpolizei-, Zoll- und Gesundheitskontrollen werden die Bestimmungen der internationalen Übereinkünfte angewendet, soweit sie von beiden Vertragsparteien unterzeichnet sind. Bei der Entscheidung über die in diesen Übereinkünften nicht geregelten Fragen wird das im Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragspartei geltende Recht angewendet.

Artikel 15

Die Grenzpolizei-, Zoll- und Gesundheitskontrollen werden bei Beförderungen von Schwerkranken, bei regelmäßigen Personenbeförderungen mit Kraftomnibussen sowie bei Beförderungen von Tieren und leicht verderblichen Gütern nach Möglichkeit bevorzugt vorgenommen.

Artikel 16

Die Unternehmer der Vertragsparteien sind verpflichtet, die Straßenverkehrsordnung und andere Rechtsvorschriften des Landes, auf dessen Hoheitsgebiet sich das Kraftfahrzeug befindet, einzuhalten.

Artikel 17

(1) Bei einer Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen dieses Abkommens sind die zuständigen Behörden des Landes, in dem

das Kraftfahrzeug zugelassen ist, verpflichtet, auf Ersuchen der zuständigen Behörden des anderen Landes, in dem die Zuwiderhandlung begangen wurde, unbeschadet des in ihrem Lande geltenden Rechts eine der folgenden Maßnahmen zu treffen:

- a) Verwarnung des betreffenden Unternehmers;
- b) Verwarnung des betreffenden Unternehmers mit dem Hinweis, daß im Falle einer wiederholten Zuwiderhandlung die Genehmigung für die Durchführung der Beförderungen für einen bestimmten Zeitraum widerrufen oder gemäß Buchstabe c entzogen wird;
- c) Widerruf der auf Grund dieses Abkommens erteilten Genehmigung für einen bestimmten Zeitraum oder Entziehung der Genehmigung.

(2) Die zuständigen Behörden beider Vertragsparteien unterrichten einander über die getroffenen Maßnahmen.

Artikel 18

Um die Durchführung dieses Abkommens sicherzustellen, werden die zuständigen Behörden der Vertragsparteien miteinander unmittelbaren Kontakt halten, auf Ersuchen einer Vertragspartei gemeinsame Beratungen zur Entscheidung von Fragen, die das System der Genehmigungen für Personen- und Güterbeförderungen betreffen, durchführen, sowie Erfahrungen und Informationen über die Nutzung der erteilten Genehmigungen austauschen.

Artikel 19

Fragen, die in diesem Abkommen sowie in internationalen Übereinkünften, soweit sie von beiden Vertragsparteien unterzeichnet sind, nicht geregelt sind, werden nach dem im Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragspartei geltenden Recht entschieden.

Artikel 20

Die Vertragsparteien werden alle Streitfragen, die im Zusammenhang mit der Auslegung und Anwendung dieses Abkommens auftreten können, durch Verhandlungen und Konsultationen regeln.

Artikel 21

Die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus ihren jeweiligen internationalen Übereinkünften einschließlich der Pflichten der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und der Pflichten der Russischen Föderation im Rahmen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 22

(1) Dieses Abkommen tritt 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem beide Vertragsparteien auf diplomatischem Wege einander mitgeteilt haben, daß die für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen bleibt in Kraft bis eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei schriftlich die Kündigung des Abkommens mitteilt. In diesem Falle tritt das Abkommen sechs Monate nach Eingang der Mitteilung über die Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

Geschehen zu Bonn am 14. Juli 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Kinkel

Für die Regierung der Russischen Föderation
Lobov

Protokoll

zur Anwendung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über den internationalen Straßenverkehr

Zur Anwendung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über den internationalen Straßenverkehr

ist folgendes vereinbart worden:

1. Im Sinne des genannten Abkommens sind unter den zuständigen Behörden zu verstehen:
 - in der Bundesrepublik Deutschland:
 - in Artikel 2 Absatz 1, Artikel 6 und 17 Absatz 1 (Personenverkehr) die Verkehrsbehörden der Länder,
 - in Artikel 2 Absatz 2, Artikel 3, 4, 17 und 18 das Bundesministerium für Verkehr,
 - in Artikel 10 die Grenzkontrollbehörden, die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr und die Polizeibehörden der Länder,
 - in der Russischen Föderation:
 - das Ministerium für Verkehr der Russischen Föderation.
2. Im Sinne des genannten Abkommens ist zu verstehen:
 - 2.1 unter dem Begriff „Kraftfahrzeug“:
 - bei der Beförderung von Gütern ein Lastkraftwagen, ein Lastkraftwagen einschließlich Anhänger, eine Zugmaschine oder eine Zugmaschine einschließlich Sattelaufzieger;
 - bei der Beförderung von Personen ein Kraftomnibus, d. h. ein Kraftfahrzeug, das zur Beförderung von Personen bestimmt ist und über mindestens 8 Sitzplätze ohne den Fahrersitz, gegebenenfalls einschließlich eines Anhängers zur Gepäckbeförderung, verfügt;
 - 2.2 unter dem Begriff „Linienverkehr“ Personenbeförderungen, die mit Kraftfahrzeugen der Vertragsparteien nach einem zuvor vereinbarten Fahrplan, Tarif und einer zuvor vereinbarten Linienführung mit Angabe des Ausgangs- und Zielorts und der Haltestellen durchgeführt werden;
 - 2.3 unter dem Begriff „Gelegenheitsverkehr“ alle übrigen Personenbeförderungen.
3. Die in Artikel 4 dieses Abkommens genannten Genehmigungsformulare werden unter Berücksichtigung des Bedarfs

der Unternehmer der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation ausgegeben.

Die Genehmigungen nach Artikel 4 des Abkommens entbinden die Unternehmer und Eigentümer der Güter nicht von der Verpflichtung, die nach dem geltenden Recht des jeweiligen Landes erforderlichen Zollgenehmigungen sowie die Genehmigungen für die Durchfuhr der Güter einzuholen.

4. In Bezug auf Artikel 8 Absatz 2 des Abkommens können Anhänger und Sattelaufzieger ein amtliches Kennzeichen und das Nationalitätszeichen anderer Länder führen unter der Voraussetzung, daß die Lastkraftwagen oder die Zugmaschinen ein amtliches Kennzeichen und das Nationalitätszeichen entweder der Bundesrepublik Deutschland oder der Russischen Föderation führen.
5. Jede Vertragspartei bemüht sich, daß die Sichtvermerke für die Fahrer und das übrige Personal der Kraftfahrzeuge, mit denen Beförderungen nach dem Abkommen durchgeführt werden, rechtzeitig erteilt werden.
6. Unter dem in Artikel 14 und 15 des Abkommens genannten Begriff „Gesundheitskontrolle“ ist die hygienische, die veterinärmedizinische und die phytosanitäre Kontrolle zu verstehen.
7. Die deutsche Seite hat der russischen Seite mitgeteilt, daß nach der deutschen Gesetzgebung die Daten, die im Zusammenhang mit der Umsetzung der Grundsätze des Artikels 17 des Abkommens stehen und die von den zuständigen deutschen Behörden der zuständigen Behörde der Russischen Föderation übermittelt werden, zu schützen sind und nicht für andere als im Artikel 17 des Abkommens vorgesehene Zwecke verwendet werden dürfen.

Die russische Seite hat mitgeteilt, daß sie den Schutz dieser Daten gewährleisten wird.
8. Die russische Seite hat der deutschen Seite mitgeteilt, daß alle Autostraßen auf dem Hoheitsgebiet der Russischen Föderation für den internationalen Kraftverkehr geöffnet sind mit Ausnahme einzelner Gebiete, die für Besucher ausländischer Bürger gesperrt sind.
9. Dieses Protokoll ist Bestandteil des Abkommens.

Geschehen zu Bonn am 14. Juli 1993 in zwei Urschriften,
jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Kinkel

Für die Regierung der Russischen Föderation
Lobov

**Bekanntmachung
des deutsch-mongolischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 27. Dezember 1993

Das in Ulan Bator am 16. August 1993 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Mongolei über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 7

am 16. August 1993

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 27. Dezember 1993

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Mongolei
über Finanzielle Zusammenarbeit 1993**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Mongolei –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Mongolei,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Mongolei beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 23. Juni 1993 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Mongolei, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main,

a) für das Vorhaben

„Aufrechterhaltung der Energieversorgung Darchhan“ ein Darlehen bis zu 9,0 Mio. DM (in Worten: neun Millionen Deutsche Mark) und für eine Begleitmaßnahme erforderlichenfalls einen Finanzierungsbeitrag bis zu 0,6 Mio. DM (in

Worten: sechshunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

b) für das Vorhaben

„Unterstützung des Basisgesundheitswesens“ einen Finanzierungsbeitrag bis zu 2,4 Mio. DM (in Worten: zwei Millionen vierhunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, daß es als ein Vorhaben der sozialen Infrastruktur die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Mongolei zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, (weitere) Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder (weitere) Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Kann bei dem in Absatz 1 Buchstabe b bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Mongolei, von der KfW für dieses Vorhaben ein Darlehen bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags zu erhalten.

(4) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Mongolei durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(5) Wird das in Absatz 1 Buchstabe b bezeichnete Vorhaben durch ein Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruk-

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolntarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38206-0, Telefax: (0228) 38206-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich 97,90 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlagebände: 7,60 DM (6,20 DM zuzüglich 1,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,60 DM.

Preis des Anlagebandes (ECE-Regelung Nr. 91): 7,60 DM (6,20 DM zuzüglich 1,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,60 DM.

Preis des Anlagebandes (ECE-Regelung Nr. 65): 7,60 DM (6,20 DM zuzüglich 1,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,60 DM.

Preis des Anlagebandes (ECE-Regelung Nr. 90): 4,30 DM (3,10 DM zuzüglich 1,20 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,30 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1994 A · Entgelt bezahlt

tur oder der selbsthilfeorientierten Armutsbekämpfung ersetzt, das die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(6) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen gemäß den Absätzen 1 und 2 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen diese zur Verfügung gestellt werden sowie das Verfahren der Auftragsvergabe, bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Ministerium für Handel und Industrie der Mongolei zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Mongolei stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Mongolei erhoben werden können.

Artikel 4

Die Regierung der Mongolei überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, die die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmen die in Artikel 2 genannten Verträge.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Ulan Bator am 16. August 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher, mongolischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des mongolischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
R. Holubek

Für die Regierung der Mongolei
Ts. Tsogt